

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 142.

Donnerstag, den 20. Juni 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Irrwege der Kolonialpolitik.

Aus Paris wird der Partypressen geschrieben: Der Zustand in Marokko, der unmittelbar der Proklamierung der französischen Schutzherrschaft in Marokko folgte, steht noch einmal das Wesen der modernen Kolonialpolitik in ein grelles Licht. Unabhängig von allen „Fehlern“ — Fehlern vom Standpunkt der kapitalistischen Kolonisationskunst — die die Leiter der französischen Politik vielleicht in Marokko begangen haben, bewahrt sich auch hier der allgemeine Satz, daß die Kolonialpolitik einen heftigen Zusammenstoß zweier absolut verschiedener Kulturen bedeutet, daß sie daher ohne gewaltsame Unterdrückung der Eingeborenen, ohne deren Niederwerfung — und oft sogar Vernichtung — absolut nicht denkbar ist.

Werfen wir einen Blick auf die Irrwege der Kolonialpolitik in Marokko.

Die Periode bis zu den Jahren 1905/07 ist noch die der Rivalität der europäischen Mächte in Marokko. Im Jahre 1880 gelangt es Deutschland, um den englischen Einflüssen in Marokko die Wage zu halten, in Madrid auf einer internationalen Konferenz, die „Internationalisation“ Marokkos durchzuführen. Trotzdem diese „Internationalisation“ auch Deutschland gestattet hat, in Marokko festen Fuß zu fassen, so bleiben doch England und Frankreich die tatsächlichen Herren der Lage in Marokko. Bis zur Hälfte der neunziger Jahre wußte aber die Regierung des marokkanischen Sultans die rivalisierenden Mächte eine gegen die andere — vor allen Dingen England gegen Frankreich und umgekehrt — so geschickt auszuspielen, daß es ihr gelang, die Unabhängigkeit ihres Staates zu bewahren. Aber mit dem Tode des alten Sultans — vor allen Dingen aber mit der Änderung der internationalen Lage — gewannen die französischen Einflüsse in Marokko immer mehr an Bedeutung und begannen die Unabhängigkeit Marokkos zu gefährden. Am Ende des 19. Jahrhunderts war Spanien durch den Aufstand in seinen Inseln und durch den Krieg mit den Vereinigten Staaten ganz entkräftet, England war durch den Burenkrieg vollständig in Anspruch genommen, Italiens kolonialpolitisches Beginnen hat aber in Abessinien vollständig Schiffbruch erlitten. Da konnte Frankreich, auf das Bündnis mit Rußland gestützt, in Marokko aktiver vorgehen. Es hat den Vorschlag der deutschen Diplomatie, die Teilung des Marokkokuchens vorzunehmen, abgelehnt, es hat aber in derselben Zeit, im Jahre 1901, in der Nachbarschaft Marokkos auf eigene Faust einige Sahara-Oasen besetzt und in den Jahren 1901 bis 1902 zwei wichtige Verträge mit Marokko abgeschlossen. Mit diesem Beginnen tritt das französische „friedliche Durchdringen“ Marokkos in eine neue Ära ein. Weite Horizonte eröffnen sich den französischen Kolonialbanditen: sie sehen schon in der Zukunft Marokko „tunisiert“, d. h. nach dem Beispiel von Tunis in eine französische Kolonie verwandelt.

Die Verträge mit Spanien und England im Jahre 1904 scheinen diese Hoffnungen zu verwirklichen. Nach langer Feindschaft mit England werden alle Differenzen durch gegenseitige Zugeständnisse beseitigt, die frühere Rivalität weicht „dem herzlichen Einverständnis“, die englische „Hypothek“, die seit Jahrzehnten auf Marokko lastet, wird aufgehoben. Auch Spaniens Rivalisation wird gegen eine Abschlagszahlung in der Form der Abrechnung der nördlichen Atlantikküste beseitigt, und Frankreich scheint nur unter vier Augen mit dem ohnmächtigen marokkanischen „Maghzen“ (Regierung) zu bleiben.

Bekanntlich hat Frankreich seine Rechnung ohne Deutschland gemacht. Zwar hat die deutsche Regierung im Jahre 1880, in Madrid, erklärt, daß Deutschland keine Interessen in Marokko habe, zwar hat Bülow noch am 12. April 1904 erklärt, daß „die deutschen Interessen in Marokko hauptsächlich ökonomischer Natur wären und kein Grund vorliege, zu befürchten, diese Interessen könnten von irgend einer Macht mißachtet werden.“ Aber . . . die Regierungen denken, die Kapitalisten aber denken. Das deutsche Kolonial- und Industrie-Kapital wollte auch sein Teil von der Marokkopartete haben, und mit Wilhelms II. Erscheinen in Tanger werden auch seine Ansprüche auf jene erhoben. Die internationale Algeciras-Konferenz stellte zugleich das Prinzip der Unabhängigkeit Marokkos und der Souveränität des Sultans, den Grundstock der „offenen Tür“ und der „ökonomischen Gleichheit“ auf. Aber die „erworbenen Rechte“ Frankreichs in Marokko abzuschaffen und seiner weiteren Expansion Halt zu gebieten, war Deutschland außerstande. Durch das Abtreten des Rechtes an Frankreich und Spanien, in den marokkanischen Häfen die Polizei zu bilden, durch die Anerkennung von Frankreichs Recht, nach seiner Dis-

ktion Grenzkonflikte und -fragen wegen Marokko eigenmächtig zu lösen, haben „die erworbenen Rechte“ Frankreichs vollständige Anerkennung erhalten. So, dadurch ist der französischen Expansion in Marokko nur Vorstoß geleistet. Und da gab es nur einen einzigen logischen Schluß, wohlverstanden vom Standpunkt der Logik der kapitalistischen Welt aus: das Protektorat Frankreichs über Marokko. Deutschland konnte sich diese Auflösung des Marokko-„problems“ mit größerer oder kleinerer Abschlagszahlung bezahlen lassen, es konnte sie in nähere oder weitere Zukunft verschieben, aber verhindern konnte es sie nicht.

Seit der Algeciras-Konferenz beginnt nun die zweite Periode in der Marokkopolitik der Kolonialmächte. Frankreich tritt mit bewaffneter Hand an die Begründung seiner Herrschaft in Marokko, wobei auch gleichzeitig an der Befestigung des zweiten auf Marokko lastenden „Hypothek“ — der deutschen — gearbeitet wird. Die nähere Berührung mit den marokkanischen Angelegenheiten löst sich notwendigerweise in einer Reihe von heftigen Zusammenstößen, von blutigen Raubzügen gegen Marokkos Bevölkerung aus. Es folgen die Besetzung von Udscha, Schaouja, die Greuel von Casablanca, die blutige Niederwerfung des kriegerischen Stammes Beni-Snassen, schließlich, im Mai 1911 der Feldzug gegen Fez. Allem steht Europa ruhig zu und die vom französischen Bank- und Kolonialkapital langersehnte „Tunisierung“ Marokkos schreitet immer fort. Nur nach dem Fez-zug erhebt Deutschland noch einmal seine Ansprüche und fordert noch einmal eine Abschlagszahlung. Mit der einseitigen Sättigung der deutschen Appetite durch die Kongo-„entschädigung“ wurde Marokko auch von der deutschen „Hypothek“ befreit. Am 4. November 1911 ist das deutsch-französische Abkommen unterschrieben worden, am 30. März 1912 aber veranlaßte der Vertreter Frankreichs in Marokko den Sultan, den Protektoratsvertrag zu unterschreiben.

Die „Tunisierung“ Marokkos hatte scheinbar ihr Ende erreicht. Am 9. April schrieb das Zentralorgan der radikalen und radikal-sozialistischen Partei „Le Radical“: „Die im Jahre 1844 (sic!) eröffnete Frage ist endgültig gelöst worden. Der Vertrag von Fez ist in der Tat die vorhergesehene, unausbleibliche, unabwendbare Konsequenz der Ereignisse vom Jahre 1844. (In diesem Jahre hat das französische Heer und die Marine den Marokkanern, die dem aufständischen Bei von Algier zu Hilfe gekommen sind, eine schwere Niederlage gebracht . . .)“

So befürworten und preisen dieselben Radikalen das Werk der Kolonialpolitik, die einst mit Clemenceau an der Spitze, den „großen“ Ferry für seine Tätigkeit im Dienste des Kolonialkapitals mit Wut bekämpften und schließlich zu Fall gebracht haben.

Heuer nehmen sie die Kolonialpolitik mit allen ihren Räubertaten in ihr „republikanisches Evangelium“ auf und schwören, daß sie der Republik wenigstens ein „ebenfalls reiches und weites Kolonialimperium wiedergeben werden, wie dasjenige, das Frankreich einst infolge der Fahrlässigkeit seiner Monarchen verloren hat!“

Aber ist Marokko tatsächlich schon französisch geworden? Keineswegs! Mit der Proklamierung des Protektorats ist der Moment eingetreten, wo es heißt: Hic Rhodus — hic salta (hie ist Rhodus — hier mußt du springen!) Es gibt in Marokko noch Marokkaner — es gibt kriegerische Berber- und Araberstämme, die gar nicht geneigt sind, sich gleich ihrem Herrscher unter das „weiche“ Joch der französischen Kolonialhänden widerstandslos zu beugen. Der Aufstand ist ausgebrochen und, wie sein bisheriger Verlauf zeigt, werden die französischen Truppen keine leichte Aufgabe mit ihm haben. Auch der Sultan, in dem die französische Regierung gehofft hat, ein willfähriges Werkzeug für das „friedliche Durchdringen“ zu finden, ist auch nicht geneigt, diese Rolle zu spielen und will demissionieren. Das bedeutet für Frankreich mit großer Sicherheit eine schwere, langwierige „Pazifikation“ Marokkos. Ob sich dabei der deutsche Präsident nicht wiederholt noch mit seinen Ansprüchen melden wird — das läßt sich nicht voraussehen.

Die Bilanz der Marokkoaffäre sieht aber schon in diesem Moment nicht glänzend aus. Dreimal schon drohte diese Affäre einen nie dagewesenen Weltkrieg heraufzubeschwören, und es war die äußerste Anstrengung des internationalen Proletariats nötig, um den Regierungen und den herrschenden Klassen klar zu machen: daß weder die deutschen noch die französischen, englischen, spanischen Proletarier den Wunsch haben, wegen des Profits, den die Marokko-Reichtümer dem internationalen Kapital versprechen, einander hinzuschlachten.

Weiter. Seit 1905 bis Anfang 1912 kostete Frankreich die Marokkoaffäre nach den Berechnungen des Parlamentsberichterstatters der Budgetkommission 144 Millionen — nur in direkten Ausgaben.

Dann — die Kongoentschädigung und vor allem — die Opfer an Menschen. Bis Anfang 1912 schätzte man sie schon auf ein paar Tausend. Und jetzt steht Frankreich einem Aufstand gegenüber, der alles übertrifft, womit es bisher in Marokko zu kämpfen hatte. Wie Saures mit Recht hervorhebt, „gibt es jetzt in Marokko nur eine Armee von Eroberern, die im Kampfe gegen das Volk, das sich gegen die Länderräuber erhoben hat, steht. Die Kosten an Geld und Menschenleben werden sicherlich alles übertreffen, was die letzten fünf Jahre in dieser Hinsicht gezeitigt haben.“

Aber auch die Opfer auf der Seite der Marokkaner sind — sogar vom Standpunkte der kapitalistischen Interessen — hervorzuheben. Marokko besitzt für Frankreich insoweit einen großen Wert, als es ihm — und vor allen Dingen Algier — Arbeitskräfte und die Früchte seiner Landwirtschaft liefert. Durch den Krieg aber wird die Quelle des Reichtums in Marokko ergriffen.

Die Spezialisten der Kolonialräuberkunst meinen jetzt in der großkapitalistischen Presse, im „Matin“, im „Temps“ usw., der Zustand in Marokko sei durch die Fehler der französischen Marokkopolitik herbeigeführt. Die „Pazifikation“ des Landes sei nicht konsequent genug verfolgt worden, die Attribute der marokkanischen Unabhängigkeit — so die Unantastbarkeit des marokkanischen Heeres — seien zuviel respektiert worden. Aber es ist offensichtlich, daß der Zustand in Marokko eine ebenso unausbleibliche Konsequenz des Vordringens der französischen Macht war, wie die

Proklamierung dieser Macht in der Form des Protektorats die unausbleibliche Folge eines „friedlichen Durchdringens“ war. Der Kapitalismus kann, seinem inneren Wesen nach, nichts anderes, als nach immer neuen Ausbeutungs- und Herrschaftsgebieten streben. Die auf einer niedrigeren Kulturstufe stehenden Völker können sich aber auf keine Weise ohne den heftigsten Widerstand unter das Joch des Kapitalismus zwingen lassen. Daher der gewaltige Zusammenstoß der beiden ebenso unabhängigen, elementaren Mächte und als Resultat die verheerenden, ruinierenden Kolonialkriege, die ganze Völkerschaften und die Reichtümer der „wildem Länder“ vernichten, in den „zivilisierten“ aber jeden sozialen Fortschritt hemmen. Und daher kann das Proletariat — der sicherste Hort der Zivilisation und die festeste Stütze aller Kulturbestrebungen — nicht anders, als die kapitalistische Kolonialpolitik mit allen Kräften bekämpfen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Meeres- und Flottenfrohen und das leichtsinnig entfaltete Fähnlein.

Wilhelm II. hat am Dienstag bei der Segelwettbewerb des Norddeutschen Regatta-Vereins in Hamburg eine Rede gehalten, die wir registrieren, da sie wohl wieder Gegenstand der Erörterung in der Presse werden wird.

Bürgermeister Dr. Burchard begrüßte den Kaiser. Er erinnerte an den Stapellauf des „Imperator“ und bemerkte dann: Freiheit des Wettbewerbes auf dem Lande, auf dem Wasser, in den Lüften, wir verlangen sie für uns; wie wir sie keiner anderen Macht beschränken. Schließlich sprach Dr. Burchard nach den Berichten bürgerlicher Blätter noch das gewagte Wort aus: Heute sind alle Meeresfrohen und flottenfrohen und froh des deutschen Kolonialbesitzes!

Wilhelm II. erwiderte: „Wir erfahren aus der Skizze, die Euer Magnifizenz entworfen haben, wie doch in allen Jahrhunderten die Geschichte unseres Reiches und Volkes, obwohl im allgemeinen eines kontinentalen, doch immerhin mit dem Meere und dem Wasser in Verbindung gestanden hat und mehr oder weniger davon beeinflusst gewesen ist. Bloß, wie hervorgehoben, fehlte es an der Zusammenfassung der Kräfte. Die ebenso interessante wie schöne und eine Zeitlang gewaltige Blüte der Hanja mußte vergehen, weil der Rückhalt der kaiserlichen Reichsgewalt fehlte. Durch die Schöpfung des Reiches unter meinem Großvater ist es anders geworden, und nunmehr kann der deutsche Kaufmann nicht unter fremder, sondern unter eigener Flagge ruhig seinen Weg ziehen, er kann alle seine Fähigkeiten anspannen und ist sicher, wo es nötig ist, des Reiches Schutz hinter ihm steht. Das ist nur möglich, wenn alle Kräfte unserer deutschen Flagge zusammengefaßt werden. Aber, wie Sie alle wissen, meine Herren, die Flagge muß in Ehren wehen, und es darf nicht leichtsinnig ihr Tuch in den

Winden entfaltet werden, und nicht leichtsinnig darf sie aufgepflanzt werden, wo man nicht sicher ist, sie verteidigen zu können. Sie werden es verstehen, warum ich Zurückhaltung geübt habe in der Ausbreitung der deutschen Flagge, wo sie vielleicht von manchem gewünscht und ersehnt war. Ich habe mich von einem alten hanseatischen Grundsatz leiten lassen, und der sieht in markigen Lettern am Rathaus zu Lübeck: „Das Fähnlein ist leicht an die Stange gebunden, aber es kostet viel, es mit Ehren nieder zu haken.“ Nun, meine Herren, ich glaube das wohl vindizieren zu können, daß bisher der Ehre unserer Flagge noch niemand zu nahe getreten ist, solange wie ich regiere. Dafür kann ich mich einsetzen, und dafür kann ich stehen: da, wo Sie vorangehen, da wird meine Flagge Ihnen folgen.“

Über Dr. Burchards Festimmung, in welcher er alle Deutschen meeres- und flottenfroh sah, wollen wir nicht rechten. Ubrigens wird er wohl heute die 4 1/2 Millionen sozialdemokratischer Reichstagswähler von seiner Rechnung in Abzug gebracht haben, da sie keine Flottenchwärmer sind, er sie also nicht als flottenfroh ansprechen kann. Beweisen möchten wir aber, ob die Meeres- und Flottenfroh vom Schlage Dr. Burchards, und solche, die für den Imperialismus schwärmen und gern ihr Fähnlein in allen Winkeln der Erde aufpflanzen möchten, von der Hamburger Kaiserrede besonders erbaut worden sind.

Die „Tägliche Rundschau“ sieht in den Worten von dem Fähnlein, das leicht an die Stange gebunden, aber schwer wieder herunter zu holen sei, auch ein Hieb gegen die Politik der Alldeutschen, insbesondere gegen ihre Marokkopolitik. Andererseits meint das Blatt, die Worte über die Flagge, deren Tuch nicht leichtsinnig in den Winden entfaltet werden dürfe, bezügen sich auf den Sieg der „Hapag“ und des Lloyd über die zum Fürstentum gehörende Reederei-N.-G., deren Gesuch auf Konzessionierung des Auswandererbetriebes über Emden der Bundesrat eben abgelehnt hat, was natürlich einen außerordentlichen Erfolg der „Hapag“ und des Lloyd bedeute, die künftig regelmäßig nicht nur Güter, sondern auch Auswanderer über Emden befördern werden. Der Bundesrat habe seine Ablehnung gegenüber dem Fürstentum mit dem Mangel an Bedürfnis begründet. Tatsächlich soll aber von Hamburger Seite der Kaiser überzeugt worden sein, daß die Gewährung der Emdener Konzession an den Fürstentum einem sehr zweifelhaften Geschäft auf nur wackelige Beine helfen werde. Auf die Verweigerung der Konzession an den Fürstentum, die am Dienstag in Hamburg das Tagesgespräch bildete, seien die Kaiserworte zu beziehen.

Während die linksliberalen Blätter bemerken, was der Kaiser über das leichtsinnige Flaggenhissen sagte, sei unbestreitbar richtig, nehmen die konservativen Organe den Mund voll. Die „Post“ schreibt am Schluß eines Artikels: „Mag der Kaiser das Fähnlein nur an die Stange binden — sein Volk wird Sorge tragen, daß es mit Ehren wieder herunterkommt!“

Wir meinen, das „Volk“ hat darüber erst ein Wortchen mitzureden.

Ein Ständewahlrecht für den Reichstag

empfehlen der konservative Schriftsteller Nordhausen neuerdings im „Tag“. Das Ständewahlrecht ist eine alte konservative Forderung und wenn sie in der letzten Zeit häufiger und bringender erhoben wird, so kommt es daher, daß die Liberalen wegen der 4 1/2 Millionen sozialdemokratischer Stimmen den Geschmach am allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrecht verlieren zu haben scheinen und sich ernsthafter mit der Möglichkeit einer Wahlrechtsänderung beschäftigen. Die Liberalen verlangen freilich ein Proporzwahlrecht, das die Nationalliberalen durch ein Pluralsystem korrigieren möchten. Der konservative Schriftsteller Nordhausen dagegen meint:

„Die Verhältnismäßig, die bei den deutschen Stimmungen eine grenzenlose Buntigkeit der Volksvertretung im Gefolge haben würde, bereitet den Weg für ein ständisches Wahlsystem. Wie tief die Sehnsucht danach geht, erkennt jeder, der sich ein bißchen mit Kongreßberichten beschäftigt. Kein großer Wirtschaftsverband, keine Kunst oder Innung, keine Gemeinschaft mit idealen Zwecken, die nicht durch Leute ihres Vertrauens unmittelbar die Gesetzgebung beeinflussen möchte.“

Ein klug aufgebautes, ständisches Wahlsystem, das den Ständebegriff nicht zu eng faßt, vermag sie alle zu befriedigen. Vielleicht hätten die meisten konservativen gerichteten Verteidiger dieses Wahlrechtes sich mit ihren Wünschen nicht hervorgewagt, wenn der Radikalismus weniger nachdrücklich am bestehenden Reichstagswahlrecht gerüttelt hätte. Nun aber hieße weiteres Schweigen Unweisheit und Feigheit.“

Daß die Angriffe auf das Reichstagswahlrecht heftiger werden, je näher die Sozialdemokratie aus den Reichstagswahlen hervorgeht, ist selbstverständlich. Aber eben die größere sozialdemokratische Macht wird auch zu verhindern wissen, daß die konservativen Bäume in den Himmel wachsen und das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zum Reichstage nach reaktionär-konjunktivem Rezept verhandelt wird.

Wieder ein Schrei nach dem Zuchtstrafgesetz.

Der Arbeitgeberverband Deutscher Papier- und Zellstofffabrikanten beschloß in seiner in Straßburg i. E. abgehaltenen Hauptversammlung erneut und nachdrücklich die Forderung nach einem wirksameren Schutz der Arbeitswilligen zu erheben. Auch beantragte die Verbandsversammlung die ablehnende Stellungnahme des Reichstages in seiner Sitzung vom 22. Mai d. J. gegenüber den Arbeitswilligen.

Der Wunsch des Heiligen Vaters.

Die „Augsburger Postzeitung“ erhielt von der päpstlichen Kurie in München folgende Rundgebung zur Veröffentlichung:

„Da die verdrängte und schädliche Polemik bezüglich der Arbeiterorganisationen in Deutschland fortbauert, ist es der lebhafteste Wunsch des Heiligen Vaters, daß beide Teile jede Exzitation, insbesondere in der Presse, einzustellen und es dem Heiligen Stuhle überlassen, diese wichtige Frage im Einverständnis mit den Bischöfen zu prüfen und dann angemessene Verhaltensregeln zu geben. Der

Heilige Vater hegt das vollste Vertrauen in die Ergebenheit der Söhne der Kirche in Deutschland, daß sie diesem seinem Wunsche nachkommen.“

Die „Germania“, die von den „Kölnern“ bereits als Organ der Berliner Richtung verschrien wird, gibt die Rundgebung mit großer Befriedigung wieder. Ob die christlichen Gewerkschaften die päpstliche Mahnung zur Ruhe beachten, muß abgewartet werden.

Das Zentrum im Schlepptau der Agrarier.

In einer Versammlung der Nationalliberalen Partei in Neuwies (Rhld.) wurde nach einem Bericht der „Köln. Zig.“ ausgeplaudert und durch zwei Redner vom Bund der Landwirte bestätigt, daß die beiden Zentrumsabgeordneten Dr. Bell (Moers-Rees) und Kofmann (Dittweiler) sich bei der letzten Reichstagswahl auf das Programm des Bundes der Landwirte, also auf den lösenlosen Zolltarif, verpflichtet haben. Was werden die katholischen Arbeiterwähler, die diesen Brotverteuern ihre Stimme gaben, sagen?

Abgeordnetenwahlen in Gotha und Koburg.

Bei den am Dienstag vollzogenen Abgeordnetenwahlen für den Gothaer Landtag hat die Sozialdemokratie, wie die Wahlmännerwahlen voraussehen ließen, zwei neue Mandate erobert: O h r d r u f und F r i e d r i c h s r o d a. Die sozialdemokratische Fraktion hat nunmehr neun Sitze unter 19. Es hat nicht viel gefehlt, so wäre auch ein zehnter Kreis erobert worden, sodaß wir die Majorität im Landtage gehabt hätten. In allen Kreisen haben wir unseren Besitzstand gefestigt. Die Liberalen verlieren drei Mandate, zwei an die Sozialdemokratie und eins an die Agrarier. Der Landtag setzt sich nunmehr zusammen aus 9 Sozialdemokraten, 6 Agrariern und 4 Liberalen.

Bei den Abgeordnetenwahlen zum Koburger Landtage ist der eine Kreis, in dem die Sozialdemokratie eine Wahlmännermehrheit hatte, verloren gegangen. Es wurden gewählt: vier Agrarier, vier Nationalliberale und drei Fortschrittler. Im Wahlkreise D e s l a u hatte die Sozialdemokratie eine Wahlmännermehrheit; bei der Abgeordnetenwahl stellte sich aber S t i m m e n g l e i c h e i t heraus. Das Los entschied dann zugunsten der Nationalliberalen.

Eine alte Zentrumskluge in neuer Auflage.

Soeben erschien im M.-Gladbacher Verlag des katholischen Volksvereins das zweite Heft der Staatsbürger-Vorträge, in denen u. a. wiederum behauptet wird: „Seder erste Sozialdemokrat muß und will daher den Bauer auf seiner Scholle sterben und verderben lassen“... und „darum stimmten die Genossen im Reichstag z. B. nicht für das erste Wucherergesetz im Jahre 1880, das den Geldwucher brandmarkte.“ Diese Lüge ist zwar von unserer Presse sehr oft als solche entlarvt worden, aber das sieht die frommen Zentrumsdemagogen nicht an; sie lügen frech weiter. Wir machen nun abermals darauf aufmerksam, daß in den vom „Vorwärts“-Verlag herausgegebenen „Wahlzügen der bürgerlichen Parteien“ aus dem steno-graphischen Bericht der Reichstagsitzung vom 20. April 1880 nachgewiesen ist, daß unter Genosse Abg. K a y s e r bei Beratung des Wucherergesetzes im Namen seiner Kollegen erklärt hat: „Ich habe große Bedenken gegen die Rechtsprechung, weil der Richter das richtige Verständnis für das, was Wucher ist, nicht hat. Aber trotz aller Bedenken erkläre ich, daß ich hier, wo mir die roheste und abscheulichste Form der Ausbeutung entgegentritt, zur Befestigung dieser Form beitragen will. Ich halte das Gesetz für ein solches, das den Ameren vor dem Reichen soviel wie möglich schützen soll... Ich werde also für das Gesetz stimmen.“ Dementiprechend stimmte Kaysler und stimmten sämtliche sozialdemokratischen Abgeordneten, die bei der Abstimmung zugegen waren, für das Wucherergesetz vom Jahre 1880. — Die Zentrumskluge stammt aus den vom evangelischen Pastor Hülle redigierten Flugblättern von 1897. Bereits damals hat der „Vorwärts“ nachgewiesen, daß die Behauptung unwahr ist und der damalige Staatssekretär Graf v. P o j a d o w s k y hat am 13. Dezember 1897 erklärt: „Die Behauptung, die Sozialdemokraten hätten den Wucher begünstigt, ist absolut nicht aufrechtzuerhalten.“ — Die evangelischen Verleumdungen verstummen darauf, aber die katholischen werden, wie der Augenschein beweist, unverfroren fortgesetzt! Wir nageln diese Kampfesweise des Zentrums hiermit nochmals fest!

Die Versicherung italienischer Arbeiter.

In Rom tagte eine Konferenz von Vertretern der deutschen und der italienischen Regierung. Es wurde eine Übereinkunft geschlossen, nach der die italienischen Arbeiter in Deutschland in die Reichsversicherung einbezogen werden.

Osterreich-Ungarn.

Die 2. Session des ungarischen Reichstages begann Mittwoch. Die erste Sitzung war eine formelle; es wurden die Präsidenten und die Schriftführer gewählt. An der Wahl nahmen die oppositionellen Parteien keinen Anteil, trotz der Aufforderung der Regierung. Die Opposition will dadurch den ungarischen Reichstag zu einem K a m p f p a r l a m e n t machen. Ein Militärkordon umgab, wie gewöhnlich, das Gebäude, und die oppositionellen Abgeordneten hielten draußen ihre Reden, da sie nicht eingelassen wurden. Die Regierung beabsichtigt, den Reichstag nur eine Woche lang zusammenzuhalten und wird ihm verschiedene Gesetzesvorlagen unterbreiten. Darunter befindet sich ein Gesetz über die Errichtung von Arbeiterkassen. Die Regierung will den Arbeiterkassenvereinen dreieinhalb Millionen Kronen zur Errichtung von Sanatorien zur Verfügung stellen. Der Ministerpräsident hat die Abgeordneten der Regierungspartei aufgefordert, sofort nach Schluß des Reichstages hinaus in das Land zu gehen und dort die Agitation unter dem Vorzeichen der Arbeiterkassen zu betreiben. Die Regierung verfolgt damit den Zweck, die Arbeitermassen von der Opposition loszureißen. Die Arbeiter werden sich indessen ebensowenig von dem 3 1/2-Millionen-Rüder verlocken, wie durch Gewalt bezwingen lassen.

Daß die Regierung bestrebt ist, möglichst Ruhe zu schaffen, zeigt auch der Umstand, daß der Staatsanwalt in Budapest gegen die Verhafteten der Ma-

revolution die Anklage wegen Aufrühr Faktum gelassen und nur gegen 143 Verhaftete die Anklage wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt aufrechterhalten hat. Am Sonntag sollen in Ungarn wieder ungefähr 60 von den oppositionellen Parteien einberufene Volksversammlungen stattfinden, voraussichtlich aber wird ein großer Teil der Versammlungen wieder verboten werden.

Anlässlich des Attentats des Abgeordneten Kovacz gegen den Präsidenten Tisza im Reichstage teilten wir mit, daß auch ein anderer Abgeordneter einen Revolverschuß abgefeuert habe. Nun stellt es sich, trotz der Verheimlichung der Regierung, heraus, daß unsere Angaben auf Wahrheit beruhen. Dienstag stellte er sich selbst der Polizei und lieferte seinen Revolver ab. Die Regierungsblätter stempeln ihn natürlich zum Helden! Er habe dem Präsidenten das Leben retten wollen. Die Zeitung „Pesti Hirlap“, welche früher Regierungsblatt war und wegen der Gewalttätigkeiten im Reichstage zur Opposition übergegangen ist, brachte über einige Regierungsabgeordneten und die Geldgeschäfte, die sie, gestützt auf ihr Abgeordnetenmandat, machen aufsehenerregende Mitteilungen. Der größte Krakeeler, Alexander Nagy, ein Duzfreund des Präsidenten, überfiel Dienstag nachmittag den Redakteur der genannten Zeitung und wollte von ihm einen Widerruf erpressen. Als der Redakteur keine Folge leistete, zog er einen Revolver aus der Tasche und wollte den Redakteur niederschließen. Das Personal warf sich aber dazwischen.

In der Vormittagsitzung des Reichstages hatte die Regierung eine Überraschung geplant. Vor Schluß der Sitzung unterbreitete der Ministerpräsident Lukacz einen Gesetzentwurf, welcher dem Reichstagspräsidenten und dem Immunitätsausschuß das Recht einräumt, etwaige renitente Abgeordnete ihres Mandats verlustig zu erklären. Der Minister beruft sich in seiner Begründung darauf, daß nicht nur in Ungarn, sondern auch überall im Auslande die Auswüchse des Parlamentarismus überhand nehmen, das am besten die jüngsten Ereignisse in Preußen und England zeigten. Nach dem Gesetzentwurf hat der Reichstag das Recht, mißliebige Abgeordnete aus dem Reichstag selbst mit Polizeigewalt zu entfernen. Jedoch kann die Polizei und Gendarmen nicht regelmäßig und bleibend im Reichstage aufgestellt werden. Der Ministerpräsident beantragte daher, das Haus möge den Gesetzentwurf annehmen, damit ein für allemal parlamentarische Ordnung hergestellt wird. Als dieser Gesetzentwurf, der bis kurz vor Schluß der Sitzung ein Geheimnis blieb, bekannt wurde, brach unter der Regierungspartei große Erregung aus. Die gewesenen Präsidenten des Abgeordnetenhauses W e r d ä w i d y und R a w a y protestierten auf das entschiedenste gegen diesen Gesetzentwurf. Ein großer Teil der Regierungspartei schloß sich den Protestierenden an, und nur mit großer Mühe gelang es der Regierung, mit der eignen Partei ein Kompromiß zu schließen. Das Kompromiß ist folgendes: Der Ministerpräsident unterbreitete den Gesetzentwurf, sagte jedoch in seiner Rede sofort, daß er die Verhandlung dieses Gesetzentwurfs für den Herbst lasse, da gegenwärtig die Opposition im Reichstage nicht vertreten sei und die Wichtigkeit dieses Gesetzes unbedingt die Anwesenheit der Opposition erfordere. Dann wurde die Sitzung geschlossen. In gut unterrichteten Kreisen wird erklärt, daß die Regierung diesen Gesetzentwurf nur als Waffe gegen die Opposition benutzen will, das heißt die Regierung will den Gesetzentwurf als Drohung gebrauchen und glaubt dadurch die Opposition zu einem Kompromiß zu bringen. Es ist noch unberechenbar, welche Folgen dieser unselbige Gesetzentwurf in dem Lande hervorbringen wird. Bemerkenswert ist es, daß in der Begründung dieses Gesetzentwurfs direkt auf das ungesetzliche Vorgehen des preussischen Abgeordnetenhauses-Präsidenten hingewiesen wird. Ferner ist auch in der Begründung gesagt, daß in England schon ein solches Gesetz existiert, welches den Abgeordneten seines Mandats aus gewissen Gründen für verlustig erklärt.

Zu einem Zusammenstoß kam es am Mittwoch in Budapest zwischen einer Volksmenge und Gendarmen. Eine Gruppe von oppositionellen Abgeordneten besand sich unterwegs in ihr Klublokal. Es hatte sich ihnen eine Menge angeschlossen, die ihnen lebhafteste Ovationen darbrachte. Am Schlangenplatz trat ihnen eine Abteilung Gendarmen entgegen und forderte sie auf, sich zu zerstreuen. Als dieser Aufforderung nicht gleich Folge geleistet wurde, ging die Gendarmen mit gefälltem Bajonett vor und säuberte den Platz.

Frankreich.

Die Wahlreform. Die Deputiertenkammer setzte gestern die Beratung über die Wahlreform fort. Breton (Sozialist, früher geeinigter Sozialist) griff die Regierung heftig wegen ihrer Mehrheit an. Ministerpräsident Poincaré erwiderte lebhaft, er habe die Überzeugung, eine republikanische Mehrheit gehabt zu haben. Urgagneur fragte seinerseits, auf welche Majorität die Regierung sich zu stützen gedenke. Er wolle die Progressisten nicht zur Majorität zählen, rechne dagegen die geeinigten Sozialisten zur Not dazu. Dalimir, Vizepräsident des Exekutivausschusses der radikalen Partei, erklärte, er könne heute nicht bei der Regierungsmehrheit bleiben. Abg. Laurens kritisierte heftig die schwankende Politik der Radikalen. Ministerpräsident Poincaré fragte darauf in nur wenigen Worten, die aber einen starken Eindruck hinterließen, warum unvermutet über die allgemeine Politik interpelliert werde und welcher Artikel seines Programms nicht erfüllt werde. Er schloß mit den Worten: Die Kammer möge zwischen Ihnen und uns entscheiden. (Beifall bei den Anhängern des Verhältnismäßigwahlrechtes.) Die Kammer lehnte mit 335 gegen 179 Stimmen einen Antrag Breton ab, in dem die Regierung ersucht wurde, die Wahlreform mit Hilfe der republikanischen Mehrheit der beiden Kammern durchzuführen. Der Antrag war auch von der Regierung zurückgewiesen worden. Die Kammer stimmte dann über das Vertrauensvotum ab. Der erste Teil desselben, in dem es heißt: „Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung“ wurde mit 393 gegen 15 Stimmen angenommen, der zweite Teil: „Ich entziehe ihr Vertrauen

und geht zur Tagesordnung über" mit 346 gegen 11 Stimmen. Die Tagesordnung im ganzen wurde schließlich mit 366 gegen 7 Stimmen angenommen. Die Kammer begann dann die Beratung des Artikels 1, dessen Weiterberatung auf Montag vertagt wurde. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Amerika.

Der Kampf zwischen Taft und Roosevelt. Am Dienstag ist in Chicago der republikanische Nationalkonvent (Parteitag) eröffnet worden. Gouverneur Haden - Missouri beantragte sofort, die vom Nationalkomitee vorbereitete Liste zu ändern, da achtzig Taftbelegte unehrlich gewählt seien. Wenn der Konvent von einer Gruppe von Leuten kontrolliert werden könne, dann haben wir nicht die Herrschaft einer politischen Partei, sondern eine politische Oligarchie. Der Antrag hat eine heftige Debatte hervorgerufen, die von lärmenden Zwischenrufen, wie "Diebe, Räuber", die auf das Nationalkomitee gemünzt waren, unterbrochen wurde. Der Vorsitzende des Nationalkomitees, Rosewater, erklärte, der Antrag falle außerhalb der Tagesordnung, da der Konvent noch nicht organisiert sei, er nominierte Elyhu Root (Taftmann) zum vorläufigen Vorsitzenden. Die Anhänger Roosevelts nominierten dagegen Mc Govern. Es folgten große Lärmereien. Schließlich wurde Root mit 558 Stimmen zum temporären Vorsitzenden des Nationalkonvents gewählt; Mc Govern hat 502 Stimmen erhalten. Die erste Kraftprobe wäre also zugunsten Tafts ausgefallen. Doch geht der Kampf weiter. Man kann heute noch nicht voraussagen, wie die Sache ausläuft. Fest steht, daß Roosevelts Chancen nach dieser ersten Niederlage entschieden gesunken sind. Die Abstimmung hatte unter großem Lärm und ungeheurer Aufregung begonnen. Als der Staat Californien aufgerufen wurde, erklärte der Vorsitzende der Delegation des Staates Californien, der Staat werde sich an keine Abstimmung gebunden erachten, an der durch Betrug eingeführte Delegierte teilgenommen hätten. Das Resultat der Abstimmung wurde von der Galerie mit Fischen und Pfeifen aufgenommen. Die Musik versuchte vergebens den Lärm zu überdönen. Im Saal wurden 40 Verhaftungen von Rooseveltianern vorgenommen.

Auf dem republikanischen Nationalkonvent in Chicago hielt nach Übernahme des Vorsitzes Senator Root eine mehrstündige Rede, in der er der Taftischen Verwaltung Anerkennung aussprach. Taft habe mit allen seinen Maßnahmen eine gesunde konservative Richtung innegehalten, er habe nicht erprobte Neuerungen grundsätzlich abgelehnt. Während dieser Rede zogen sämtliche Delegierten der Roosevelt-Partei lärmend und johlend aus dem Saal, um auf diese Weise zu bekunden, daß sie nicht gewillt sind, nach der ersten Niederlage den Kampf gegen Taft aufzugeben. Vor dem Konvent hatten etwa 10 000 Personen versucht, die Polizeiwache über den Haufen zu rennen und in das Innere des Saales einzudringen. Dabei wurde mit Posaunen, Kesselpauken usw. ein Monstrekoncert aufgeführt. Die Polizei nahm 100 Verhaftungen vor. Einige der Verhafteten hatten gegen die Polizei Revolverschläge abgegeben.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 20. Juni.

2000 Mk. Staatsgelder für die Gardisten. Der Bürgerausschuß stimmte in seiner gestrigen Sitzung einem Senatsantrag zu, der verlangt, daß dem Verein ehemaliger Kameraden des Gardekorps Lübeck zur Deckung der Kosten des hier in den Tagen vom 29. Juni bis 1. Juli stattfindenden Gardeappells eine Beihilfe von 2000 Mark artgewährt werde. Der Verein hatte um eine Beihilfe von 1500 bis 2000 Mk. nachgesucht. Man sieht, der Senat und der Bürgerausschuß lassen sich nicht lumpen, wenn es gilt, die Kameraden aus dem Steuerfädel zu amüsieren und sie mit Speise und Trank zu versehen. Daß für 2000 Mk. die Begeisterung der Gardisten groß sein wird, ist klar und an Dantredens und Hochs auf die Spender — nicht die Zahler — wird es nicht fehlen. — Ob es wohl niemand gibt, der es als beschämend empfindet, sich Almosen für sein Vergnügen von der Stadt zu erbitten? Wir legen entschieden Verwahrung dagegen ein, daß Staatsgelder so vergeudet werden, wie das hier geschieht.

Der Bürgerausschuß erteilte gestern seine Mitgenehmigung einem Senatsantrage, der verlangt, daß dem Carlbergfond in Kopenhagen zur Fortsetzung des Wertes der „Sundzolltabellen“ für den Fall, daß das Unternehmen finanziell gescheitert werden wird, ein einmaliger Beitrag von 3000 Mk. bewilligt werde. Mitgenehmigt wurde weiter die beantragte Ermächtigung der Vorsteherchaft der Heinrich Gaeberg-Stiftung zum Erwerb eines 741 Quadratmeter großen Bauplatzes an der Kaiser-Friedrich-Straße zum Preise von 13 Mk. pro Quadratmeter; sowie der Verkauf eines 440 Quadratmeter großen Staats-Grundstückes auf dem Primall zum Kaufpreise von 250 Mk. an Dr. Ernst Reuter. Der Bürgerausschuß zur Mitgenehmigung empfohlen wurde ein Antrag des Senates, der besagt, daß der Befolgungssatz für die Beamten der Lübeckischen Zollverwaltung vom 1. Februar 1911 mit Wirkung vom 1. April 1912 ab dahin abgeändert werde, daß der Wohnungszulagenschuß für den Hauptamtsverwandten und die Oberzollrevisoren auf 300 Mark und der pensionsfähige Durchschnittssatz auf 874 Mk. festgesetzt werden. Gleichfalls gutachtlich befürwortet wurde das 22 000 Mk. betragende Kaufangebot des Kaufmannes Julius Gisleben für das Grundstück Braunstraße 32.

Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Ordnung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse, die Ablösung der Reallasten und die Teilung und Zusammenlegung von ländlichen Grundstücken. Der Senat stellt zur gutachtlichen Äußerung des Bürgerausschusses den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Ordnung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse, die Ablösung der Reallasten und die Teilung und Zusammenlegung von ländlichen Grundstücken, indem er dazu bemerkt, daß die auf Grund dieses Gesetzes an den Staat zu zahlenden Ablösungssummen in die Schuldenentlastungskasse zu fließen haben werden. Der Wortführer legte zu dieser Vorlage eine Eingabe der Handelskammer vom 11. d. Mts. vor. In der allgemeinen Beratung beantragte Dr. jur. C. Meyer: Der Bürgerausschuß ersucht den Senat, ihm die in Aussicht gestellte Vorlage, betreffend die Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofes, nunmehr baldmöglichst entgegenzubringen. Auf Vorschlag des Wortführers beschloß gestern der Bürgerausschuß, die Vorlage nebst der Eingabe der Handelskammer zur Vorprüfung an eine Kommission von

fünf Mitgliefern zu verweisen und hierauf in dieselbe: Dr. jur. C. Meyer, Frösch, Hinkeldeyn, Dr. von Brocken, G. Reimpell. Erfahrmänner: Cuvie und Dr. Wittern. Das von Dr. jur. C. Meyer beantragte Ersuchen beschloß der Bürgerausschuß dem Senat entgegenzubringen.

Die Errichtung einer Viehverkaufshalle beschäftigte gestern den Bürgerausschuß. Das betr. Senatsdekret lautete: Mit Bericht vom 25. Mai 1912 hat die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanfragen dargelegt, daß die Errichtung einer Viehverkaufshalle für Schlachts-, Kuh- und Zuchtvieh in der Nähe der Viehrampe des Bahnhofs und auswärtigen Viehhändlern schon seit längerer Zeit lebhaft gewünscht wird, sich nicht länger hinausziehen läßt. Die Behörde hat ein von der Baudeputation ausgearbeitetes Projekt vorgelegt, das ihre Zustimmung gefunden hat. Die Kosten sind auf Mk. 183 300 veranschlagt. Der Senat ist mit dem Projekt, bei dem ein künftig etwa hervortretendes Bedürfnis wegen Erweiterung der Bahnanlagen ausreichend berücksichtigt ist, einverstanden und erachtet bei der Bedeutung, die der Viehhandel hier gewonnen hat, die Hoffnung für begründet, daß bei dem Unternehmen mit der Zeit nicht nur auf eine hinlängliche Verzinsung und Amortisation des Anlagekapitals, sondern auch auf einen Überschuß gerechnet werden kann. Der Senat beschloß daher nach Anhörung des Finanzdepartements, dessen Äußerung als Anlage 2 abgedruckt ist, zur Mitgenehmigung der Bürgerausschuß zu stellen: daß der Baudeputation zur Errichtung einer Viehverkaufshalle am Nordende der St.-Lorenz-Brücke, und zwar östlich von der Wisbystraße, nach dem Entwurf und Kostenschlag des Baurats Mühlensfordt vom 22. Mai 1912 die Summe von 183 300 Mk., soweit erforderlich und Rechnungssablage vorbehalten, aus Anleihemitteln der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanfragen zur Verfügung gestellt werde. Hierüber steht der Senat, indem er davon absteht, seine Vorlage, betreffend die Errichtung einer Viehverkaufshalle, vom 30. September 1911 weiter zu verfolgen, zunächst der gutachtlichen Äußerung des Bürgerausschusses entgegen. Im Hinblick darauf, daß die Durchführung des Projektes Veränderungen mehrerer im Bebauungsplan vorgesehener Straßen bedingt, hat der Senat die Baudeputation beauftragt, wegen der Auslegung des neuen Planes das Erforderliche nach § 7 des Gesetzes vom 21. April 1890, betreffend den Bebauungsplan für die Vorstädte der Stadt Lübeck, zu veranlassen. Der Senat behält sich vor, hierauf mit einer späteren Vorlage zurückzukommen. Dr. Wegge beantragte, die Vorlage zur Vorprüfung an eine Kommission zu verweisen. Der Bürgerausschuß nahm diesen Antrag an und erteilte auf Vorschlag des Wortführers der Kommission den Auftrag, bis zur nächsten Sitzung zu berichten. In die Kommission wurden berufen: Dr. Wegge, Dahms, Frösch.

Bauliche Erschließung von Ländereien in der Gemeinde Israelsdorf. Der Senat legt dem Bürgerausschuß folgendes Dekret vor: Der Bürgerausschuß hat in seiner Versammlung vom 24. November 1909 an den Senat das Ersuchen gerichtet, die weitere bauliche Erschließung von Teilen des Lübeckischen Landgebietes in Erwägung zu ziehen. Der Senat hat das Finanzdepartement beauftragt, sich zu diesem Ersuchen im Einvernehmen mit der Baudeputation zu äußern. Von beiden Behörden ist darauf ein Bericht erstattet, mit dem sie empfohlen haben, dem Ersuchen des Bürgerausschusses zu entsprechen und staatsseitig zunächst Ländereien in der Gemeinde Israelsdorf für die Bebauung bereitzustellen. Es handelt sich dabei einmal um ein Gelände an dem Wege, der hinter der Schule links von dem zum Dorf Israelsdorf führenden Wege abzweigt, und um ein weiteres Gelände, das an dem von der Israelsdorfer Chaussee am Schellbruch entlang führenden Wege gelegen ist. Unter Überreichung zweier hierfür aufgestellter und von den Behörden gutgeheißener Bebauungspläne, eines mitabgedruckten Begleitberichts des Baudepartements, eines Entwurfs für Bebauungsvorschriften und zweier Kostenanschläge haben die beiden Behörden beantragt, mit dem weiter Erforderlichen, namentlich mit dem Verkauf der an den beiden bezeichneten Wegen zu bebauenden Grundstücke das Finanzdepartement zu beauftragen und ihm auch die Mittel für den Ausbau der Wege zur Verfügung zu stellen. Der Senat ist bereit, diesem Antrage zu entsprechen. Wenn weiter beantragt ist, das Finanzdepartement möge angewiesen werden, beim Verkauf von Bauplänen die vorgelegten Bauvorschriften mit den Käufern zu vereinbaren und ihre Beachtung durch Eintragung ins Grundbuch sicherstellen zu lassen, so steht dem entgegen, daß die Eintragung der Bestimmungen ins Grundbuch als dingliche Verpflichtung bei ihrem öffentlichen rechtlichen Charakter nicht angängig ist. Sie müssen daher durch Gesetz erlassen werden. Der Senat beschloß somit, zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft zu stellen: 1. daß dem Finanzdepartement zum Ausbau des von der Dorfstraße in Israelsdorf gegenüber der ehemaligen Oberförsterei abzweigenden Weges 4500 Mk. und zum Ausbau des Weges am Schellbruch östlich von Karlsdorf in einer Länge von etwa 350 m von der Lübeck-Travemünder Chaussee 11 500 Mk., beide Beträge soweit erforderlich und Rechnungssablage vorbehalten, vorläufigweise aus den Mitteln der Schuldenentlastungskasse zur Verfügung gestellt werden; 2. daß das Finanzdepartement ermächtigt werde, an den beiden bezeichneten Baupläne zu verkaufen, nötigenfalls unter Stundung des Kaufpreises gegen 4% Verzinsung und hypothetische Sicherheit ersten Ranges; 3. daß das im Entwurf abgedruckte Gesetz, betreffend die Bebauung des in der Gemeinde Israelsdorf für den Anbau freigegebenen Geländes erlassen werde. Hierüber steht der Senat zunächst der gutachtlichen Äußerung des Bürgerausschusses entgegen. Der Bürgerausschuß erklärte sich gestern gutachtlich für die Mitgenehmigung der Senatsvorlage durch die Bürgerschaft.

Das Waisenkinderspiel fand gestern in der herkömmlichen Weise auf dem Plage neben der Kaserne in der Fackelburger Allee statt. Da die Witterung sehr angenehm war, fehlte es nicht an zahlreicher Beteiligung.

Die Lübecker Rühlhaus-Aktien-Gesellschaft ist nunmehr unterm 19. Juni in das hiesige Handelsregister eingetragen worden. Die Eintragung lautet: Am 19. Juni 1912 ist in Abt. B unter Nr. 129 eingetragen die Aktien-Gesellschaft in Firma „Rühlhaus Lübeck Aktien-Gesellschaft“ mit dem Sitz in Lübeck. Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines Rühlhauses und einer Eisfabrik, sowie der Abschluß aller derartigen Geschäfte, welche mit diesem Zwecken der Gesellschaft in irgend einem Zusammenhang stehen. Das Grundkapital beträgt 500 000 Mk., die Höhe der einzelnen auf den Inhaber lautenden Aktien beträgt 1000 Mk. Die Ausgabe der Aktien erfolgt zum Nennwert. Der Gesellschaftsvertrag ist am 14. Juni 1912 festgestellt. Der Vorstand besteht je nach dem Beschluß des Aufsichtsrates aus einer Person oder aus mehreren Mitgliedern. Die Gesellschaft wird vertreten, wenn der Vorstand aus einem Mitglied besteht, von diesem allein, wenn der Vorstand aus mehreren Mitgliedern besteht, entweder von je zwei derselben oder von einem Vorstandsmittglied und einem Prokuristen. Der Kaufmann R. A. W. Dienau in Lübeck ist zum Vorstand ernannt. Die Berufung der Generalversammlung, welche in Lübeck stattfindet, erfolgt unter Mittheilung der Tagesordnung durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrates oder dessen Stellvertreter mittels einmaliger

Bekanntmachung. Die Einberufungsschrift beträgt mindestens 2 Wochen. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den „Reichsanzeiger“ und das „Lübeckische Amtsblatt“. Der Aufsichtsrat kann die Bekanntmachung in weiteren Blättern anordnen. Die Gesellschaft ist von folgenden Herren gegründet: 1. Konful J. F. H. Bertling, Kaufmann in Lübeck, 2. Konful C. F. R. Dimpler, Kaufmann in Lübeck, 3. Obermst. J. H. E. Fuft in Lübeck, 4. Rechtsanw. Möring in Hamburg, 5. P. H. Rodak jr., Kaufmann in Hamburg, in Firma H. Rodak u. Co. Die Gründer haben sämtliche Aktien übernommen. Der Aufsichtsrat besteht aus folgenden Mitgliedern: 1. Konful J. F. H. Bertling, Kaufmann in Lübeck, 2. Konful C. F. R. Dimpler, Kaufmann in Lübeck, 3. Obermeister J. H. E. Fuft in Lübeck, 4. Rechtsanwalt Dr. G. Möring in Hamburg, 5. P. H. Rodak jr., Kaufmann in Hamburg, 6. L. W. Tobel, Vorstand der Hanseatischen Dampfschiffahrtsgesellschaft, Aktiengesellschaft in Lübeck. Von den mit der Umnebelung der Gesellschaft eingereichten Schriftstücken, insbesondere von dem Prüfungsbericht des Vorstandes, des Aufsichtsrates und der Revisoren, kann bei dem Gericht Einsicht genommen werden. Der Prüfungsbericht der Revisoren kann auch bei der Handelskammer eingesehen werden.

Konkursöffnung. Über das Vermögen des Kaufmanns R. D. J. Uebe, alleinigen Inhabers der Firma Rudolph Uebe, in Lübeck, Schillerstraße 8, ist am 15. Juni 1912, nachmittags 1 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Der Rechtsanwalt Dr. Landau in Lübeck wurde zum Konkursverwalter ernannt.

e. Stöckelsdorf. Bau eines Stöckelsdorfer Rathauses (Gemeindehaus). Im April dieses Jahres wurde das bisher Friedrich Eversche Grundstück in Marienhal vom Gemeinderat für 6100 Mk. angekauft. Am 17. Juni, also Montag, wurden die Offerten der einzelnen Bauunternehmer, Maurermeister und Zimmermeister, welche in unserer Gemeinde ansässig sind, geöffnet und verlesen. Gestern, Mittwoch abend, wurden, wie uns mitgeteilt wurde, die einzelnen Offerten besprochen und den Mindestfordernden der Zuschlag erteilt. Die den Zuschlag bekamen, haben auch gleichfalls den Brunnen zu machen. Für die Maurerarbeiten waren die Offerten: Emil Harder-Stöckelsdorf 16 372 Mk., Wilh. Draguhn-Mori 15 320,17 Mk., Heinr. Schmarck-Fackenburg 13 833,33 Mk., Geinr. Voh-Stöckelsdorf 13 365,86 Mk. Letzterer wurde als Mindestfordernder dem Zuschlag erteilt. Für die Zimmerarbeiten waren die Offerten: H. Schwarz-Fackenburg 6212 Mk., O. Naumann-Schorff 6026,98 Mk., W. Möller-Stöckelsdorf 6026,98 Mk. Letzterer wurde dem Zuschlag erteilt. Die übrigen Arbeiten sollen in einzelnen Losen, als Tischler, Klempner, Glaser, Malerarbeiten usw. vergeben werden. Auch sollen die nötigen Gelder bei der Landeskasse beantragt werden. Die Bürgervereinsmitglieder betrauten sich ob dieser Verschwendung des sog. Gemeinderats; sie wünschen offenbar lieber den Krebsgang statt Fortschritt der Gemeinde.

Schwartau. Der Sozialdemokratische Verein für Schwartau und Rensfeld hält am Freitag, dem 21. d. Mts., seine ordentliche Mitgliederversammlung ab. Da die Tagesordnung eine sehr wichtige ist und u. a. die Delegiertenwahl zur Generalversammlung in Rensfeld vorgenommen und des weiteren unser Landtagsabgeordneter G. Fick-Stöckelsdorf einen Bericht von der verfloßenen Landtagsession geben wird, kann wohl auf eine volle Versammlung gerechnet werden.

w. Mühl. Erhängt hat sich der in der hiesigen Brauerei zum Eulenspiegel längere Jahre als Buchhalter beschäftigte Junggeheile Prützmann. Als er gestern morgen geweckt werden sollte, hing er tot an der Bettstelle. Als Todesmotiv des ungefähr 30jährigen Mannes nimmt man allgemein Übergang des Gemüths an. Er stammt aus Breitenfelde. — Der durch den Schlächterlehrling Amberg vor einigen Tagen angeschossene Schulknabe Bajau ist auf dem Wege der Besserung. Amberg hat dem Bajau beim Sanieren mit einem Revolver durch die Schädeldede geschossen ohne glücklicherweise das Gehirn zu verletzen.

Hamburg. Die Unterschlagungen bei der Maler- und Lackierer-Innungskassen stellen sich nach genaueren Untersuchungen noch erheblich höher, als in der ersten polizeilichen Meldung angegeben war. Am Dienstag abend hat eine Vorstandssitzung der Innungskassen stattgefunden, an der die Obermeister Hansen und Euse teilnahmen. Hier wurde von Hansen mitgeteilt, daß die vom Rechnungsführer Hirsch veruntreute Summe sich auf über 20 000 Mark beläuft. Die Aufdeckung dieser Unterschlagungen ist dadurch gelungen, daß man die Rechnungen der letzten drei Jahre genau nachgeprüft hat. Die Kontrolle des Rechnungsführers muß demnach während dieser Zeit außerordentlich mangelhaft gewesen sein. Obermeister Hansen hat angeblich den Rechnungsführer Hirsch schon im vorigen Jahre wegen Unregelmäßigkeit in der Kassenführung entlassen. Die Aufsichtsbehörde der Innungskassen hat alsdann die Kasse geprüft und darauf bestanden, daß Hirsch weiter im Amt bleibt. — Trifft diese Angabe zu, dann ist die Aufsichtsbehörde mitschuldig an dem schweren Schaden, den jetzt die Kasse zu tragen hat.

Neubrandenburg. Zu den Verfassungskämpfen in Mecklenburg-Strelitz. Da alle Verhandlungen zwischen Regierung und Ritterschaft über eine Verfassung bisher gescheitert sind, wurde am Sonnabend in Neubrandenburg unter Vorsitz des Rechtsanwalts Dr. Sauerwein und des nationalliberalen Abgeordneten für Mecklenburg-Strelitz Roland-Dücke ein Landesverfassungsverein gegründet, welcher Männer aus allen politischen Parteien sammeln will, die energisch darauf hinarbeiten sollen, daß endlich eine Verfassung zustande komme. In allen Orten des Landes sollen Ortsgruppen gegründet werden. — Eine Verfassung, welche von nationalliberaler Seite für Mecklenburg verlangt wird, dürfte den Arbeitern gewiß nichts nützen. Die wertaktige Bevölkerung vertraut nur der eigenen Kraft.

Odenburg. Der Bezirksparteitag für Odenburg-Ostfriesland findet am Sonntag, 4. August 1912, vormittags 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Börner) zu Odenburg, Kurwickstraße, statt mit folgender vorläufiger Tagesordnung: 1. Berichte; a) des Vorstandes und Sekretariats, b) der Pröfkommission. 2. Bericht der Landtagsfraktion. Referent: Genosse R. Hug-Müstringen. 3. Bericht über die Landtags- und Reichstagswahlen. Referent: Genosse Ad. Schulz-Müstringen. 4. Der Parteitag in Chemnitz. 5. Anträge und Wahl des Vorortes.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Ludwig für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: E. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Vereine, Gewerkschaften, Arbeitervereine, Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

**Komitee- und
Kommissionssitzungen**

Transportarbeiter.
Vorstandssitzung
Freitag abend 8 1/2 Uhr. (1298)

Für die vielen Kranzspenden bei
der Beerdigung unseres kleinen
Sohnes Friedrich danken herzlich.
(1274) **N. Olsson u. Frau.**

Für wertvolle Teilnahme und
Kranzspende beim Hinscheiden un-
seres lieben Entschlafenen herzlich
Dank. (1272) **J. Böttcher u. Kinder.**

Leere heizb. Stube per Woche
1 Mk. sofort zu vermieten. (1276)
Westendorf, G. Lohberg 33,
Sinterhaus.

Ein einfach möbliertes Zimmer
zu vermieten (1271)
Yorkstraße 20, Sinterh., II.

Zum 1. Juli eine Wohnung zu
vermieten. Näheres (1268)
Schönböckener Straße 10.

Zum 1. Juli 1. Et., 2 Zim., zu verm.
40 Rottwikstraße 40
2 Zimmer u. Zubehör, 150 Mk. (869)
Näheres daselbst Sinterhaus.

Zu vermieten eine 11. Wohnung
zu sofort oder zum 1. Juli (1284)
Obertorve 46/1. Näh. Kolt 6.

Gelucht zum 1. Oktober von Ehe-
paar mit einem Kind zwei Stuben-
Wohnung vor dem Holtentor.
Off. u. L B an die Ern. (1292)

Gelucht zum 1. Oktober eine 9-
Zim.-Wohn. bis 260 Mk. in der Nähe
Burgtor oder Holtentor. Ang. unt.
A B an die Ern. d. M. (1278)

Zu sofort
3 bis 4 Zimmerleute
à Stunde 50 Bfg. eventl. auch
hohe Affordarbeit.
Muchow, Rehna i. Meckl.
Bangehäuf. (1290)

Frau sucht Beschäftigung für
die Nachmittagsstunden. Offerten
unter H W an die Expedition die-
ses Blattes. (1292)

Zu verf. ein kleines Wohnhaus
mit großem Garten in der Nähe
Lübeck. Näheres in der Exped.
b. Blattes. (1267)

Eine gut gehende Schuhmacherei
billig zu verkaufen.
Näheres in der Expedition dieses
Blattes. (1255)

Billig zu verf. ein Parämerie-
schrank und Glanzlangue, fast
neu. (1269)
Danckwartstraße 43.

Gut erhalt. Kinderwagen
für 10 Mark zu verf.
1294 Vernehr. 42c.

Ein großer Eidentoffer
zu verkaufen (1295)
Mön. Al. Kreisau 11.

Zu verf. mehrere Lauben u. e. g.
Geige od. geg. Mandoline zu ver-
kaufen. Holmstr. 30. nt. (1281)

Eine deutsche Schäfer-
hündin (7 Monate alt)
zu verkaufen. (1287)
Geversdamm 41, II.

Ein Ziegenlamme
zu verkaufen. (1275)
Glandorfer. 5.

Wegen Umzug belgische Sa-
nischen und 4 Säuer zu ver-
kaufen. (1270)
Blomke. 10. van.

Rechen und alle Saararbeiten
auch von ausgefallenen Paar fertig.
billig an **P. W. Lichtenstein.**
(1283) Krieger. Dr. Suter. 11.

Kartoffeln billig
Magnum bonum, crissis ficin.
Verkauft nur heute ab Lager.
Johns Peters,
Dornestraße 32a.
(1291) Rembrandt 2163.

Brachwolle Salongarnitur Nr. 155,
Salongarnitur Nr. 156, 157, eleg.
Blüsegarnitur 55, Brautset reich ge-
stickt 55, an Brautset 55, reich
gestickte Borgarnitur mit Dorn-
stein 150, Schlinggarnitur n. u. Rüche,
Damen, Schürze, Heringsdosen. (108)
Besichtigung Wahnstr. 83, p. r.

**Alle Sorten
Weine und Spirituosen**
auch im Kleinverkauf u. Ausverkauf
zu niedrigen Preisen.
J. Höpner, Beckerg. 55.

Friedr. Meyer & Comp.

Buchdruckerei — Buchhandlung
Johannisstraße 46 = LÜBECK = Fernspr.: Nr. 926

Anfertigung
von
Plakaten
Broschüren
Flugblättern
Statuten
Mitgliedskarten
Eintrittskarten
Programmen
Festliedern.

Herstellung sämtlicher
Buchdruckarbeiten
in ein- u. mehrfarbigem Druck

Für Massenaufgaben: Rotationsdruck.
Solide Preise. — Prompte Lieferung.

Verlag des Lübecker Volksboten

Anfertigung
von
Briefbogen
Kouverts
Rechnungen
Quittungen
Mitteilungen
Adresskarten
Zirkularen
Visitenkarten.

Um meiner Kundschaft etwas Besonderes zu bieten, habe
ich eine ganze Reihe sogenannter (1286)

95-Pfg.-Artikel

zusammengestellt, welche ich zu nachfolgenden billigen Preisen
zum Verkauf stelle.

- 1 Paar Damen-Plüsch-Pantoffel mit echter Ledersohle und
Ferse, alle Größen 73 1/2
- 2 Paar Damen-Filz-Pantoffel mit Linoleumsohle 90 1/2
- 6 Stück gute Feudel (Scheuertücher) 84 1/2
- 6 Stück Gerstenkorn-Handtücher mit Borde 92 1/2
- 3 Stück bessere Augendrell-Handtücher mit Borde
gesäumt und mit Band 88 1/2
- 1 Gartendecke, kariert, panamaartiger Stoff 88 1/2
- 2 1/2 m weiß gerauht Croisé für Nachjacken 86 1/2
- 3 Paar gestrickte Herren-Socken, imit. Wolle 75 1/2
- 3 Paar mellerte Schweißsocken ohne Naht 88 1/2
- 2 Stück Knaben-Schürzen, neue Muster 88 1/2
- 1 Blusen- oder Mieder-Schürze aus Gingham oder
imit. Wiener Leinen 88 1/2
- 1 reizender Russenkittel, Größe 45, 50 und 55 cm
Juponstoff 88 1/2
- 1 weiße Tändelschürze mit Trägern 92 1/2
- 1 farbiger Damen-Anstandsrock aus Fancy, unten
gebogt 93 1/2
- 1 kräftige Blandruck-Küchenschürze 88 1/2
- 3/4 Pund gutes Wollgarn, schwarz u. graumeliert 88 1/2
- 3 1/2 m baumwollene Musseline mit Borde 80 1/2
- 1 Damast-Serviette mit Hohlraum 78 1/2
- 6 Stück reinseid. Haarbänder, 3/4 m lang 4 1/2 cm breit 88 1/2
- 10 Stück reinseid. Haarbänder, 3/4 m lang 2 1/2 cm breit 88 1/2
- 1 kräftiger Knaben-Sweater, Größe 1-3 88 1/2
- 1 hellgestreites Barchent-Mannshemd 95 1/2
- 6 Stück gebrauchsfertige weiße Taschentücher 88 1/2

und noch viele andere Artikel, welche extra ausgelegt sind.
Trotz der billigen Preise noch Lübeck-Rabattmarken.

Otto Albers

Kohlmarkt 10. Lübeck Markt 4.

Achtung! Achtung!

- Arbeiterhosen 2.-M., engl. Lederhosen 2.- bis 4.-M.
 - Arbeits-Kajen 1.-M., zum Aussuchen.
 - Stoff- und Buckskinhosen 3.- bis 5.-M.
 - Kinderanzüge 2.50, 3.50, 4.50. (1199)
 - Herrenanzüge 10.- bis 15.-M.
 - Knabenanzüge von 10-14 Jahren 6.-M.
 - Diverse Schuhwaren für jeden annehm. Preis.
- Rauch, Bruckstr. 45, I. Kein Laden.**

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck **Otto Albers** Kohlmt.
Markt 4 10
sind vorteilhaft bekannt durch
gute Verarbeitung u. sehr billige
Preise. N. a.:
Lederhosen . . . 2.20-6.45
Maurerhosen . . . 2.60-6.75
Schlofferhosen . . . 1.88-5.25
Überziehhosen . . . 1.08-2.85
Zwirnhosen . . . 1.68-3.25
Leinene Jacken, schräge u. gerade,
1.28, Katen, Hemden, Schlachter-
jacken, Friseurjacken, Malermäntel
erstaunlich billig. Wägen von 30
Mk. bis 1.88 Mk. Rote Zubecam.

Arbeiter-Abstinenzbund
Mitglieder-Versammlung
Freitag, den 21. Juni
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Der Vorstand.
(1277)

Sozialdemokratischer Verein
für Schwartzau-Rensfeld.
Mitglieder-Versammlung
Freitag, 21. d. M.
abends 8 1/2 Uhr
bei Pinkert (Gasthof Transvaal).
Um vollständiges Erscheinen der
Genossinnen und Genossen bittet
(1289) Der Vorstand.

Gasthof Klein-Mühlen.
Am Sonntag, den 30. Juni:
St. humeriff. Ringreiten.
Anfang 1 1/2 Uhr.
Hierzu laden freudl. ein (1266)
Die Reiter und O. Evers.

Hansa-Theater.
Gastspiel
Intimes Theater
aus Hamburg.
Sonntag neues Programm:
Pariser Stubenmädchen
Reznicek-Album
Die konfiszierte Venus
und die übrigen Schlager.
(1280)
Anfang 1/2 Uhr.
Ende 11 Uhr.

Der gute Geschmack

meines Brotes ist seine
beste Empfehlung. Es ist
in nachstehend verzeich-
neten Geschäften erhält-
lich, die durch Plakate
kenntlich sind.

- A. Brede Ww., Lübeck,**
Moisinger Allee 116.
Finkenberger Mühle. Fernr. 1572.
Holstentor.
Dornestr. 38 c H. Eggert.
32 a Johs. Peters.
Fackenburger Allee 55 c
C. Trost Nachf. Th. Schlegel.
Georgstr. 32 Wilh. Bloess.
Hansastr. 36 Ernst Puls Ww.
Karpfenstr. 27 a Math. Schmidt.
Krausestr. 3 Aug. Krellenberg.
Lachswehr-Allee 25 Bernh. Grube
Ludwigstr. 11 Heinr. Parbst.
Margaretenstr. 1
Nr. 1 Asmus Denker.
Nr. 8 a Doris Oldorp Ww.
Mittelstr. 13 a Johs. Langhoff Ww.
Mittelstr. 19 b Johs. Stoll.
Moisinger Allee
Nr. 10 C. Straubing.
Nr. 61 Wilh. Schwarz.
Nr. 83 Aug. Brüggemann.
Nr. 180 a Otto Pötsch.

- Nebenhofstr. 4-6 Wilh. Welzel.
Ritterstr. 3 a Emma Seifert Ww.
Schützenstr. 58 Franz Dvorak.
Schwartauer Allee 31-35
Bruno Meier.
Waisenhofstr. 11 Tycho Haase.
Innere Stadt.
Aegidienstr. 37 Carl Hering.
Danckwartstraße
Nr. 37 Johs. Breede.
Nr. 66 J. H. Dierk.
Depenau 3 Dav. Teufel.
24 Aug. König.
Ellerbrook 25 Albert Nass.
Engelsgrube 24 Friedr. Giesenberg
Große Gröpelgrube 55
Carl Meincke.
Häxstr. 80-82 Ed. Speck.
Hundestr. 12 E.J.Ch. Ologroge Ww.
52 Carl Lender.
90 Heinr. Bruhn Ww.
Krähenstr. 10 Friedr. Schütt.
34 Heinr. Busch.
Marlesgrube 63 Heinr. Gosch.
Burgtor.
Hafenstr. 16 Herm. Koop.
Mühlentor.
Kronsforder Allee 97 a
Heinr. Eggers.
Weitere Niederlagen überall
gesucht. (1276)

**Gasthof Am Kreuzweg
Seereh.**
Sonntag, den 22. Juni 1912:
**Großes Kinderfest
der Seereher Schule**
mit nachfolgendem Ball
für Erwachsene.
Anfang des Festes morgens 8 Uhr.
Hierzu ladet freundlich ein
(1288) **Emil Cordts**

Ausblicke auf die amerikanischen Herbstwahlen.

Th. Newyork, den 10. Juni 1912.

Wenn diese Zeilen den Leser erreichen, wird der Nominations-Konvent der republikanischen Partei zu Chicago eröffnet worden sein, und in Baltimore wird man sich am Vorabend der Eröffnung des gleichen großen Spektakels der demokratischen Partei befinden. Größeren Spektakel im ganz vulgären Sinn des Worts wird es ohne Frage in der historischen Konventshalle zu Chicago geben, wo Präsident Roosevelt vor vier Jahren so leichtes Spiel hatte, seiner Partei und damit der Nation seinen Mann, William Howard Taft, aufzuzwingen, und wo derselbe Roosevelt jetzt seine Raubreiterfähren auf den alten Freund losläßt, um sich an seiner Stelle wieder in den Sattel zu schwingen.

Die echtamerikanische Sensation des Roosevelt-Taft-Duellts hält das ganze waschechte Amerika in atemloser Spannung, fast wie eine Preisboxerei zwischen Jeffries und Johnson oder wie ein „Kontest“ zwischen zwei Baseball-Teams. Ob aber die Chicagoer Geschehnisse wirklich für die politischen Geschicke des Landes in den nächsten vier Jahren maßgebend sein werden, ist eine andere Frage, da die Zerfahrenheit und die Reihe der unsicheren Faktoren, die diesmal mitspielen werden, größer sind, als je vorher. Der demokratische Sieg bei den Kongresswahlen im Jahre 1910 und der Sturz so mancher republikanischen Hochburgen bei den gleichzeitigen einzelstaatlichen Wahlen lassen eher ein „demokratisches Jahr“ erwarten, zumal bei dem zerrüttenden Familienzwist und dem Roosevelt-Krach im republikanischen Hause. Die vorherrschende Empfindung ist aber, daß im Falle der Nominierung Roosevelts durch die Republikaner auch der Sieg im Herbst dem Raubreiteroberst gehören wird.

Zum ersten Male in der politischen Geschichte Amerikas wird ein beträchtliches Element der Delegierten auf den Nominations-Konventen sein Mandat direkten Volkswahlen — den sogenannten Primaries oder Vorwahlen — verdanken, und in fast allen Staaten, in denen die republikanischen Pappmacher durch Urabstimmung instruiert wurden, zeigte sich, daß die Popularität Theodore Roosevelts noch ungebrochen ist. Sogar die politisch so wichtigen und der Taft-Administration als sicher geltenden Staaten Pennsylvania und Ohio fielen, trotz der bisher dort allmächtigen republikanischen „Parteimaschine“, von Taft ab und erklärten sich für Roosevelt, der den unaufgeklärten Massen als die Verkörperung jener radikalen und auf weitere Demokratisierung Amerikas gerichteten Strömung gilt, auf die auch die Ausbreitung des Vorwahl-systems zurückzuführen ist. Und es kann den Roosevelt-Managern zugegeben werden, daß eine abermalige Kandidatur ihres Idols, selbst wenn die Administration und das konservative Parteiement sich offen gegen sie wenden würden, auch einen mehr oder weniger großen Teil der demokratischen Wähler ins republikanische Lager hinüberziehen würde, denn unfraglich existiert die Popularität Teddy's auch in dem psychologisch gleichgerichteten Teile der demokratisch gesinnten Bevölkerung, worüber schon die Aufnahme Roosevelts gelegentlich seiner Agitationsreisen im altdemokratischen Süden Auskunft gab.

Die demokratische Partei, in deren Schoße es zurzeit trotz eines auch nicht allzuknapen Wettbewerbs von Wächter-gern-Kandidaten vergleichsweise ruhig hergeht,

muß denn auch auf die Roosevelt-Gefahr, die einzige, die sie zu fürchten hat, die größte Rücksicht nehmen und darf es keinesfalls wagen, wieder einen Reaktionsär, wie Parker, aufzustellen, dessen Nominierung im Jahre 1904 die schlimmste, jemals erlebte Niederlage der Demokraten zur Folge hatte, von deren Wählern sich damals mindestens eine Million der Abstimmung enthielt, während die republikanischen Stimmen zunahmen und das sozialistische Votum sich verdreifachte.

Der dritten Nominierung des populären demokratischen Führers Bryan — dem eigentlich Roosevelt seinen politischen Donnerkeil gestohlen hat — stehen seine Niederlagen von 1896 und 1900 im Wege, und außerdem natürlich die Konservativen seiner Partei, die schon 1904, als eine Bryan-Kandidatur auf Grund einer fortschrittlichen „Plattborm“ sehr aussichtsvoll gewesen wäre, seine Nominierung hintertrieben haben. Bryan scheint auch diesmal nicht gewillt zu „Laufen“, wie der charakteristische amerikanische Ausdruck lautet, aber sein Einfluß hat es vermocht, wenigstens den bürokratisch-honetten Reaktionsäre Harmon, den Gouverneur von Ohio, der bis vor kurzem noch der unangesehene demokratische Thronwärter schien, vollkommen schachmatt zu setzen.

Die einzigen ernstlichen Rivalen werden auf dem Konvent zu Baltimore der politisch ziemlich farblose, aber von dem vielfachen Zeitungsbesitzer und Multimillionär Hearst, dem „gelben“ Erzbischof protegierte Champ Clark und Woodrow Wilson sein — der eine der Präsidenten des Abgeordnetenhauses in Washington, der weiteren Kreisen erst durch seine Innerionspauke gegen Kanada bekannt geworden ist, der andere der Gouverneur von New-Jersey und vormalige Präsident der Princeton-Universität, der sich während seiner Campagne von einem stoßreaktionären Einwandererhasser und Arbeiterfeind zu einem Mann nach dem Herzen Bryans gewandelt und jetzt den Moses des Radikalismus spielt.

Im Gegensatz zu dem republikanischen Konvent, wo einfache Mehrheit entscheidet, nominieren die Demokraten in Baltimore ihren Bannerträger durch Zweidrittelmehrheit, die wahrscheinlich weder Clark noch Woodrow Wilson erklimmen wird. Die Möglichkeit besteht, daß in diesem Falle Mayor Ganey, ein politischer Freund Bryans und Wilsons, und als beattentäterter Bürgermeister von Newyork ziemlich volkstümlich geworden, der Kompromißkandidat der Konvention sein wird. Ist so die Lage schon außerordentlich kompliziert, so werden diesmal Prophezeiungen über den Ausgang der Wahlen selber noch durch die „dritte Partei“, die Sozialisten, erzwungen. Unsere parteigebundenen haben, wie man weiß, in Indianapolis Debs und Seidel, den einen für die Präsidentschaft, den anderen für das Amt des Vize-Präsidenten, nominiert und wenn auch ein sozialistischer Sieg selber noch unwahrscheinlich ist, so erwarten doch selbst unsere Feinde, daß die Sozialisten im Herbst eine Stärke entwickeln werden, die vielleicht die schönsten bürgerlichen Kalkulationen über den Hausen werfen.

Arbeiterlöhne und Unternehmergewinne im Bergbau.

Nach den jetzt im Reichsanzeiger veröffentlichten amtlichen Lohnangaben für den preussischen Bergbau haben erst in sechs Bergrevieren die Löhne den Stand vom 4. Vierteljahr 1907 wieder erreicht bzw. etwas überschritten;

in sieben Bergrevieren stehen sie zum Teil noch erheblich niedriger. Die Löhne der Gesamtbelegschaft schwankten in 13 Bergrevieren im vierten Vierteljahr 1907 zwischen 3,39 und 4,99 Mk., im ersten Vierteljahr 1912 zwischen 3,36 und 4,83 Mk. im Durchschnitt pro Schicht. Am niedrigsten standen die Löhne der Gesamtbelegschaft in Niederschlesien, am höchsten im Ruhrgebiet. Die Löhne der eigentlichen Bergarbeiter (Hauer und Lehrhauer) schwankten im vierten Vierteljahr 1907 zwischen 3,70 und 6,14 Mk., im ersten Vierteljahr 1912 zwischen 3,55 und 5,74 Mk. im Durchschnitt pro Schicht. Am niedrigsten standen die Löhne der eigentlichen Bergarbeiter im Nassauer Erzbergbau, am höchsten im Ruhrgebiet.

191482469 Mk. Lohnverluste haben die Bergarbeiter im preussischen Bergbau in den letzten 4 1/2 Jahren, vom ersten Vierteljahr 1908 bis einschließlich erstes Vierteljahr 1912, allein durch direkte Lohnrückgänge erlitten, ungerechnet die Verluste, die ihnen durch die vielen Feierschichten entstanden sind. Im vierten Vierteljahr 1907 hatten die Löhne fast überall den höchsten Stand erreicht, von da ging es stark abwärts. Wären die Löhne auf dem Stand, den sie im vierten Vierteljahr 1907 erreicht hatten, auch nur stehen geblieben, so hätten die Bergarbeiter in der angegebenen Zeit 191482669 Mk. mehr verdient, die sie jetzt durch die Lohnrückgänge eingebüßt haben. Die Gesamtlohnverluste betragen, nach den amtlichen Angaben berechnet, in den einzelnen Bergrevieren: Ruhrgebiet 150117440 Mk.; Oberschlesien 8711449 Mk.; Niederschlesien 3932471 Mk.; Saargebiet 4054087 Mk.; Nachener Revier 4215093 Mk.; Haller Braunkohlenrevier 379422 Mk.; Haller Salzbergbau 402064 Mk.; Clausthaler Salzbergbau 383790 Mk.; Mansfelder Erzbergbau 1374409 Mk.; Siegener Erzbergbau 7564796 Mk.; Nassauer Erzbergbau 2886831 Mk.; Rechtsrheinischer Erzbergbau 2091228 Mk.

Diese gewaltigen Lohnverluste rechtfertigen sich durch die finanzielle Lage der Werke in keiner Weise, stieg doch der Gesamtgewinn auf 34 Werken von 188799948 Mk. im Jahre 1910 auf 208783906 Mk. im Jahre 1911 oder um 19983958 Mk., gleich 10,6 Prozent. Diese Gewinnziffern geben eine Übersicht über die wirtschaftliche Lage und die Rentabilität der Zechen; sie zeigen, daß sich die gewaltigen Lohnverluste der Bergarbeiter von weit über 191 Millionen Mark in keiner Weise rechtfertigen. Die Zechen wären finanziell sehr gut in der Lage gewesen, nicht nur die Löhne auf ihrer alten Höhe zu halten, sondern darüber hinaus in zeitgemäßer Weise die Zechenherrn auf die Bergarbeiter und damit auf die Gesamtheit abgewälzt.

Trotzdem die finanzielle Lage der Zechen im allgemeinen eine sehr gute ist, besonders im Ruhrgebiet, haben die Ruhrgrubenbesitzer ab 1. April eine Kohlenpreiserhöhung eintreten lassen, wonach ihnen nach vorsichtiger Schätzung eine jährliche Mehreinnahme von über 90 Millionen Mark entsteht. Aber sie denken nicht daran, die Löhne in zeitgemäßer Weise zu erhöhen. Selbst wenn die Löhne auf die alte Höhe vom vierten Vierteljahr 1907 heraufgebracht würden, hätten die Bergarbeiter immer noch keinen Ausgleich für die inzwischen eingetretene starke Verteuerung der Lebensbedürfnisse und keinen Ersatz für die gewaltigen Lohnverluste. Auf beides werden sie aber vergebens warten, warten durch die Schuld des „christlichen Gewerkevereins“, der Streikbruch verübte, als die Zeit günstig war, um Zugeständnisse zu erzwingen. Nie zuvor war die Zeit so günstig,

Gleich und gleich.

Eine Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyr.

(Schluß.)

„Er hat den alten Weg noch nicht ganz vergessen gehabt“, bemerkte der Jude mit Laune. „Und nun steht die Sach' so, daß er nichts braucht als ein kleines Gut, dann machen wir ein Paar aus ihnen. — Unter uns gesagt: 's ist Zeit — sonst werden's mehr!“

Mutter und Sohn lächelten. „Die Weilerhäuerin“, fuhr Schlome fort, „hat noch was mit weggebracht von ihrem Hof und kann dem Schorsch was geben; — aber 's reicht nicht! Und das, mein lieber Gottfried, ist nun die Gelegenheit! — Geben wir dem Menschen das Gütle! Machen wir Fristen — lassen wir ihn schnaufen! Er ist geschickt und von seinem Vornehmtum ganz kuriert; die Mackes, die er gekriegt hat, sind ihm noch die beste Medizin gewesen! — Er wird wieder hinaufkommen — und wird's Euch danken!“

Gottfried sah ihn erfreut an. „Hier meine Hand“, rief er, — „ich mach', was recht ist. Und ich dank' Euch für den Vorschlag! — Es tut mir wohl in der Seele, daß ich grad' für den was tun kann — und für die Annemarie: weil sie denn doch so gut ist!“

Die Alte warf einen schlauen Blick auf den Sohn und lächelte in sich hinein.

Das übrige, was die Leute noch miteinander besprachen und ausmachten, gehört nicht zum Zweck der Erzählung.

Eine Stunde später befand sich Schlome allein auf dem Wege nach dem Dorfe, wo des Rothenbauers Overtnecht, der ihn hergeführt hatte, beim Sonnenwirt ihn erwartete. Er hatte sich von Gottfried, der ihm das Geleite gab, eben verabschiedet und blickte in den wieder aufgehellten Himmel mit einem Vergnügen, das einen beneidenswert frischen Charakter hatte. „Endlich“, rief er, „war's durchgeföhrt! — Wenn ich jetzt alles zusammennehm', verdienen' ich mir wenigstens dreimal so viel, als mein erster Überschlag gewesen ist. Ein Unglück ist nicht allemal ein Unglück! — Meine Sarah wird zufrieden sein, wenn ich ihr's erzähl'. — und mein Ferdinand soll mir noch diesen Winter auf die Polstechnische Schul' nach München!“

Am nächsten Sonntag, bei günstiger Witterung, machte Gottfried mit seiner Mutter auf einem entlehnten Schmucken „Schweizerwägle“ seine Besuchsfahrt zum

Rothenbauer. Was soll ich von dem Empfang sagen? Liebe und Ehre wurden ihnen angetan, daß ihnen das Herz in Wonne schlug, die Befangenheit, die sie mitgebracht hatten, in Freudetrunkenheit unterging und die Alte zumal sich gar nicht mehr „vermüßte“. Die unleugbare Tatsache, daß sie jetzt gewissermaßen dem Rothenbauer gleichstand, brachte bei der wackeren Frau in der heraufschendenden Atmosphäre Kontraste von Demut- und Selbstgefühläußerungen hervor, welche die in gewohntem Obenstehen Haltungsvollen lächeln machten, — aber lächeln in Liebe!

Die Tochter des Hauses wartete den Gästen auf, wie es köstlicher und reichlicher nicht geschehen konnte, wenn der Landrichter mit seiner Familie sie besucht hätte. Alle Herrlichkeiten der Ställe, des Stabels und des Hauses wurden ihnen gezeigt; und welche Bedeutung hatte das für sie, die alles mitbestimmen, mitgenießen sollten! — Waren die einen nun in jeder Hinsicht Geber, die anderen Empfänger, so zahlten diese dafür mit einer Bewunderung, womit sie alles wettmachten. Mutter Stöckle, nachdem sie zuletzt noch den „Weißmarkast“ gesehen, rief aus: „Ich hätt' gar nicht geglaubt, daß es in der ganzen Welt so viele schöne Sachen gäb'!“

Der Liebende vermochte seine Zärtlichkeit der Geliebten zunächst nur durch Händedrücke, Blicke und gelegentliche Ausbrüche in Worten kundzugeben, weil die häuerlichen Formen ein Weiteres nicht gestatten. Als es aber in der Stube dämmerte und sie allein im Rangleg waren, da zeigte die Sophie, daß sie nicht umsonst in der Stadt gewesen war. Mit einer Bildung, die auf eine vortreffliche natürliche Anlage schließen ließ, wußte sie den Burschen durch anmutige Rederei so traulich und so fest zu machen, daß er sie um den Hals faßte, und ihr Küsse gab, welche beiden süßer schmeckten wie Zucker. Die Seligkeit, die er dabei fühlte, brachte ihm wieder den Dank ins Gedächtnis, den er dem Guten und Lieben schuldet, die sich ihn so heldenmütig vom Vater erkämpft hatte. „O Sophie“, rief er gerührt, „was hast du für mich getan! Du bist alles und hast alles und tuft alles — ich bin nur da, um mir alles schenken zu lassen!“ — „Wenn ich was hab',“ erwiderte Sophie, „so ist mir dies das Liebste dran, daß du deine Freude' dran hast. Gott sei Dank, daß ich dich hab'! Dich glücklich zu machen, daß es keinen glücklicheren Mann gibt im Ries, das soll jetzt meine ganze Sorg' sein!“ — Wenn der Glückliche die Geliebte hierauf noch zärtlicher umarmte, noch leidenschaftlicher küßte und unter Tränen pries, so wird man das auch von einem Bauer natürlich finden.

Auf dem Heimweg sagte die Mutter zu dem Sohn: „Wie, du hast ein Glück gemacht — 's ist fast gar nicht mehr schön! — Das ist ja der Ungrund, was es da alles gibt! Ist das ein Stadel und ein Haus! — Und eine Stub' — der Fürst kann keine schönere haben! — Von den Leuten will ich gar nicht reden. So reich und so gut sein, das hat's bis jetzt noch gar nicht gegeben! — Das Mädle, die mag dich, das hab' ich gesehen! Die ist glücklich, wenn sie dich hat! Aber den Rothenbauer, den tragt mir nur auf den Händen miteinander!“

Wenige Tage darauf wurde der Heiratstag gehalten, und wohl nie haben Landleute bei einem so wichtigen Akt, wie es die Abschließung eines Ehevertrages ist, so schnell sich geeinigt. Was der Rothenbauer vorschlug, nahm Gottfried dankend an, und der Plan des Bräutigams, seine Sölde unter gewissen Bedingungen dem Schorsch zu überlassen, wurde von dem Alten gebilligt, von Sophie geripen.

Der „Girzug“, am Tage vor der Hochzeit, hatte diesmal einen besonderen Charakter. Er war zugleich ein Auszug der Familie Stöckle aus dem Hause, das ihr gehört hatte seit einer Reihe von Menschenaltern. Die beiden jetzigen Vertreter tauschten freilich das bei weitem Bessere dafür ein! Aber den Bauerleuten ist ihr Besitztum ans'Herz gewachsen, jede Stelle ist ihnen lieb geworden, weil es die ihre gewesen, jede haben sie mit dem Auge! heiteren Stolzes betrachtet; jede ist geweiht durch Arbeit und Vergnügen, das Ganze darum für sie historischer Boden in besonders heimlicher Art. Von einem solchen Fleck Erde löst man sich so schwer los, wenn auch die herrlichsten Aussichten locken; und so ließ die Mutter, bevor sie den Wagen bestieg, der sie fortfahren sollte, ihren Tränen freien Lauf, während Gottfried seine Gefühle unter tiefensten Klagen verbar. Ihm war es ein Trost, daß das merke Gut an wertere Personen kam, die sich glücklich priefen, es zu erhalten. Er empfahl es dem Schorsch und der Annemarie, die beim Aufladen geholfen hatten, noch einmal, und ein Lächeln erhellte seine Züge, als er nach vernommenen dankbaren Zusagen den beiden zum Abschied die Hände schüttelte.

Am anderen Tage wurde die Hochzeit gefeiert, die Gottfried und Sophie in alle schönsten Güter des Lebens einsetzte.

Was die Prophezeiungen anlangt, welche der Rothenbauer und seine Tochter an jenem Tage des Streites sich entgegengehalten hatten, so trafen sie beide ein. — Daß bei einer so ungewöhnlichen Verbindung zunächst die bösen, und namentlich die neidischen Jungen sich in We-

um Erfolge zu erzielen wie in diesem Frühjahr; der christliche Gewerkeverein hat die Bergarbeiter durch seinen schmählichen Streikbruch um den sonst sicheren Erfolg gebracht. Um den Streikbruch zu rechtfertigen, behaupteten die Streikführer, die Grubenbesitzer hätten Lohn-erhöhung in Aussicht gestellt, sie würden den Arbeiter freiwillig entgegengenommen. Diese „christlichen“ Hirn-gepinke zerrinnen jetzt in nichts. Die amtlichen Lohn-angaben zeigen, daß die Grubenbesitzer trotz der steigenden Gewinne und der erhöhten Kohlenpreise nicht daran den-ken, die Löhne freigewillig in zeitgemäßer Weise zu er-höhen. Nur gezwungen werden sie nachgeben. Damit steht auch der christliche Streikbruchgewerkeverein vor der Frage: Was nun?

Gewerkschaftsbewegung.

Die Verhandlungen des Zentralschiedsgerichts für das Baugewerbe nahmen dieses Mal fünf Tage in An-spruch. Von den 42 Verhandlungsgegenständen fanden nur 32 ihre Erledigung. Es ist bereits an dieser Stelle darauf hingewiesen worden, daß in einer Anzahl Ortsverbänden die Unternehmer wiederholt den Versuch unternahmen, mit ihren Arbeitern durch besondere Vereinbarungen bestimmte, durch den Vertrag festgesetzte Vertragsbedingungen abzugeben; wieder andere versuchten durch gewisse Manipulationen den Vertrag zu umgehen, um sich auf diese Weise vor Erfüllung der Vertragsbedingungen zu schützen. Das Zentralschieds-gericht hat durch eine grundsätzliche Entscheidung die Ab-dinglichkeit des Vertrages für unzulässig erklärt. Von Be-deutung ist eine Entscheidung, wonach die Finanzspruchnahme der ordentlichen Gerichte gegen die Entscheidungen des Zen-tralschiedsgerichts dem Tarifvertrag widerspricht und daher unzulässig ist. Die nächste Sitzung wurde für den 9. Juli vereinbart.

Streikbrecher-Angelegenheiten. Ein Trupp der in Görlitz im Betriebe der Waggonfabrik internierten Arbeitswilligen hat Sonntag morgen auf der zum Bahnhof führenden Berlin-er Straße einen regulären Überfall verübt. Sie hatten sich in einem dort befindlichen Nachcafé festgesetzt. Als drei vom Bahnhof kommende Streikposten, die abgelöst worden waren, den Weg in die Stadt nahmen und auf der anderen Seite der Straße an dem Café vorübergingen, stürzten an 20 dieser Kommandos heraus, überfielen die Streikposten und hieben mit ihren starken Stöcken in fürchterlicher Weise auf sie und die ihnen in den Weg kommenden Passanten ein, so daß das Blut in Strömen floß. Von den drei ärgsten Miß-handelten, die sich auf der nächsten Unfallstelle verbinden lassen mußten, — zwei wurden danach ins Krankenhaus überführt — sind zwei Personen, die am Streik überhaupt nicht beteiligt sind. Einem von diesen Geschlagenen ist außer einer Anzahl Wunden, die ihm in den Kopf gehauen wurden, das Nasenbein zertrümmert worden. Wie wildge-wordene Bestien haben diese Anarchen gehandelt. Die Polizei war machtlos gegenüber diesem Gesindel. In demselben Morgen haben dann die Streikbrecher einen Überfall auf die in der Nähe der Fabrik friedlich stehenden Streikposten un-ternommen. Nach Mitternacht stürzten sie, nur mit Hosen und Hemd bekleidet aus einer neben dem Fabrikort befindlichen kleinen Tür, die bisher immer von den Arbeitern nicht be-nutzt werden durfte, und hieben mit ihren Knütteln auf die Weiter wurden am Tage und in der Nacht verhaftet wurde. herumstrolchenden Kugelmarsches angefallen und bedroht. Ein Werkmeister wurde angefaßt: „Wat guckst Du Hornochse, ich hau Dir den Schädel ein!“ Ein Spaziergänger, der gegen Mitternacht nach Hause kam, wurde von zwei Kugelmarsches angefallen und bedroht: „Wir suchen Streikposten; es sind acht Mann draußen, wenn wir die erwischen, sind sie alle geliefert.“ In einer Versammlung der Frauen der Streikenden, die am Montagabend stattfand, wurde mitgeteilt, daß die Mitglieder des selben Arbeitervereins des Be-triebes Hand anlegen mußten bei der Desinfizierung der Strohkäse und Decken für die dem Staate nützlichen Ele-mente.

wegung zeigten, daß braucht man dem Menschenkenner nicht erst zu sagen, und wenn dem Rothsbauer alle der-artigen Bemerkungen, wie sie in Erinnerung und in den Stadelkammern beim Dreifachen gemacht wurden, zu Ohren gekommen wären, dann hätte er Sophie wohl bedeutend zurechtweisen können: „Siehst du?“ — Allein, so wohlgestelltem Leuten gegenüber, die nützen oder schaden könnten, fand man doch nicht für geraten, den Ärger oder die Bosheit beleidigend merken zu lassen. Auch zwei zur Hochzeit geladene Vettern, welche Schöne besaßen und das Glück, so eines Menschen gar nicht mit ansehen mochten, hatten wenigstens höfliche Entschuldigungen erdichtet, und beim nächsten Zusammenreffen sprach jeder sein Bedauern aus, daß er nicht habe dabei sein können.

Da war nun die Tochter in des Vaters Vorzeil. Die verhältnismäßig und schmeichelnden Jungen machten sich anstrenglich und hielten aus. Gottfried, regierender Bauer geworden, benahm sich so gut, daß er bald unter die geschicktesten Männer der Gegend zählte. Vettern und Wesen, die ihn irgendwie brauchen, rühmten ihn gegen Weib und Schwiegermutter mit wahrer Begeisterung, und als einmal eine betagte Schöne von ihnen Abschied genommen hatte, war es die Tochter, die sich nicht enthalten konnte, dem Vater lächelnd zuzurufen: „Siehst du?“

Acht Tage nach der Hochzeit Gottfrieds hatte sich Schöne mit Annemarie zusammengeben lassen. Der Weiber ist zur Begründung des neuen Hausstandes, soviel er irgend konnte; und wenn der junge Mann immer noch tüchtig zu tragen hat, so verspricht doch keine Geschicklichkeit und kein Fleiß, daß ihm noch und noch das Abtragen — der Schulden nämlich — gelingen werde. Er einerseits ist so verdammt, — das Gute in ihm hat über den Haß, der ihn in Armut und Schimpf gestürzt, so gründlich gehetzt, daß er in seinem beisehenden, ja schätzbarsten Ausharren einen förmlich rührenden Eindruck macht. — Das Wohlgefühl, das ihn beflügelt, bietet aber für ihn Ausharren in der besseren Einsicht alle erforderliche Stärke.

Das zwischen den beiden Familien eine nähere Be-ziehung sich knüpfte und befestigte, lag in der Natur der Dinge.

Im Frühjahr wollte Gottfried ins Feld gehen und machte bei dem jungen Ehepaar seinen ersten freundschaftlichen Besuch. Die Annemarie war allein zu Hause und wiegte eben ihr bald nach der Hochzeit gekommenes Pärchen. Das Pärchen ihres Mannes vernahm, daß sie mit dem Soße, den Schöne Schöne zum Mann zu haben, unendlich zufrieden war. Dabei sah sie so blühend aus wie nur je, gab auf Gottfrieds Betragen die beherzigtesten Antworten, und als das Kind schlief, zeigte sie ihm das Herz, sie erst-zeitig eingeweihte Haus mit gerechtem Stolz. — Unser Bauer konnte sich des Glücks, das er in so verschiednen

Der Transportarbeiterstreik in Großbritannien. Es ist nunmehr klar, daß die Wirkung des Appells an die Transportarbeiter außerhalb Londons, sich dem Kampfe ihrer Londoner Kollegen anzuschließen, nicht derart ist, wie die Streikleitung hoffte. Auch scheint es sicher zu sein, daß die Abstimmung, die von dem Verbands der Gelber und Matrosen vorgenommen wird, nicht zugunsten des Generalstreiks ausfallen wird. Manche sehen die Ursache dieses Mißerfolgs in der Abwesenheit Tom Manns, dessen hervor-ragende Persönlichkeit und Führertalent den Streikenden sehr plausibel klingen, wer aber etwas tiefer blickt, wird eine wahrscheinlichere Ursache erkennen. Im vor-igen Sommer pflanzten sich die Sympathiestreiks wie ein Lauffeuer fort, weil alle Sektionen der Transportarbeiter überall gleich geplagt wurden und ähnliche Forderungen er-hoben. Heute geniehen die Transportarbeiter in verschiedenen großen Hafenstädten die damals erlangenen Vorteile und es ist daher schwer, die Arbeiter zu bewegen, in einem Kampf zu treten, in dem sie selbst wenig oder nichts gewinnen, aber unter Umständen viel verlieren könnten. Alle Berechtigte und alles Organisationstalent eines Tom Mann könnten an der Sachlage nichts ändern. Der Kampf wird daher in der Hauptsache auf London beschränkt bleiben. Die anderen Hafenstädte werden London finanziell unterstützen und auch tatkräftig unterstützen, wenn die Unternehmer versuchen sollten, die Londoner Schiffe nach anderen Häfen zu schicken. Nur in Southampton dauert der Streik noch an; dort handelt es sich aber um besondere Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern. Wie lange der Streik noch in London dauern wird, ist noch nicht abzusehen. Solange die Lichter-schiffe wie jetzt feststehen, ist alles Gerede der kapitalisti-schen Presse vom dem Zusammenbruch des Streiks dummes Zeug. Als ziemlich gut bezahlte Arbeiter haben die Lichter-schiffer einen langen Kredit und können noch wochenlang aushalten. Es verlaute, daß die Regierung Schritte tun wird, um dem Streik ein Ende zu bereiten, indem sie auf gesetzlichem Wege einen Standardlohn im Londoner Hafen einführt, der von allen Unternehmern eingeführt werden muß. Bis jetzt ist es aber bei dem Gerücht geblieben. Die Beratungen, die auf Anregung der Regierung im Industrieministerium stattfinden, haben natürlich mit der Be-legung des Streiks nichts zu tun, da sie sich wochenlang hin-ausziehen können.

Soziales.

Die Strafbestimmungen auf dem Gebiete der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.

Das am 1. Januar 1912 in Kraft getretene vierte Buch der Reichsversicherungsordnung enthält folgende Strafbestimmungen, deren Kenntnis für Arbeitgeber wie für Arbeiter gleich wichtig ist.

A. Gegen Unternehmer.

1. Mit Geldstrafe bis zu 100 Mark kann vom Versiche-rungsamt derjenige Arbeitgeber bestraft werden, welcher die bei der Behörde für das Versicherungswesen zu bewirkende Anmeldung und Abmeldung einer der Versicherungspflicht unterliegenden Person aus Fahrlässigkeit unterläßt (die Meldungen müssen spätestens am dritten Tage nach Be-ginn resp. Aufhören der Beschäftigung beschafft werden).

2. Mit Geldstrafe bis zu 300 Mark kann

a) derjenige Arbeitgeber vom Versicherungsamt be-straft werden, welcher die bei der Behörde für das Versicherungswesen zu bewirkende Anmeldung einer der Versicherungspflicht unterliegenden Person mit

b) Arbeitgeber, die unterlassen, rechtzeitig für ihre ver-sicherungspflichtig Beschäftigten die richtigen Marken einzufüllen. Zuständig zum Erlasse von Strafver-fügungen wegen derartiger Verstöße ist der Vor-stand der Landesversicherungsanstalt; Straf-be-schwerdeinstanz ist das Oberversicherungsamt.

Hierbei ist aber zu beachten, daß es mit der Be-strafung allein noch nicht abgetan ist, selbstver-ständlich wird auch der Beitragsrückstand einge-zogen, und die Versicherungsanstalt kann dem Be-straften sogar die Zahlung des Gms bis Zweifachen des Beitragsrückstandes auferlegen.

Einne mitgestiftet hatte, und nahm lächelnd wieder in der Stube Platz.

Nicht lange, so kam Schorsch vom Felde. Er grüßte den alten Nebenbuhler mit froher Ueberraschung, zeigte aber unwillkürlich eine Miene der Achtung, wie vor einem Größeren. Man sprach über allerlei. Schorsch rühmte das Feld, zu dem drei Morgen, die ihm der Schwieger-vater gegeben, so schön paßten, glaubte, man könnte dabei was heraus schlagen, wenn man es gut im Stand halte und noch verbessere, was möglich sei.

„Namentlich“, setzte er hinzu, „wenn ich eine Wiese noch kriegen könnt, die jetzt feil ist — für's halbe Geld! — Die geht mir eigentlich noch ab dazu, und ich müßte sie haben!“ — „Warum kauftst du sie nicht?“ versetzte Gott-fried. — „Jener suchte die Achsel und ward ein wenig rot.“

„Unser Freund nicht. Was soll sie kosten?“ fragte er. — „Schorsch nannte den Preis. Nach kurzem Besinnen fuhr jener fort: „Geschäftlicher, wenn alles so ist, wie du sagst — und ich zweifel' an deinem Wort nicht im geringsten! — so kann ich dir das Geld schaffen. Meinem Schwiegervater ist ungefähr so viel heimgezahlt worden, und es wird ihm sel-ber lieb sein, wenn er wieder sicher anlegen kann!“

Schorsch ging auf den Wärdern zu, nahm seine Hand und rief mit feuchten Augen: „Gottfried, du bist gut! Ach, du weißt gar nicht, was du mir für einen Gefallen tust! Jetzt kann ich zwei Stück Vieh mehr halten, und wie ich das Gut dann in die Höhe bring', das sollst du sehen!“ — Nach ihm kam das Weib und drückte die Hand des Veters mit einer Zärtlichkeit, einem liebevollen Blick, daß es fast über die Art der Freundschaft hinausging.

Auf dem Heimweg sagte unser Bauer zu sich: „Wie leicht ist's, gut zu sein, wenn man was hat! — Es ist nicht einmal nötig, das man dabei was opfert! — Wie viele könn-ten gut sein — wenn sie nur wüßten!“

Nach meinem Gefühl darf ich aber die Erzählung nicht schließen, ohne den Leser mit der Nachricht zu erfreuen, daß der junge Ferdinand Lom sich in der Polytechnischen Schule zu München befindet und die besten Fortschritte macht.

Der alte Rothsbauer, von der Sophie getrieben, hatte sich in der Belohnung des Schönes selber über-traffen. Auch Gottfried hatte bei dem Geschenk an den Mann, der ihm so verschiedenartigen Beistand geleistet, mehr auf seine Reputation als auf seinen Geldbeutel gesehen; — so konnte Schöne die Witwe Gottfrieds und den Weiber gnädig behandeln und für Talent, Zeit und Stiefelschollen doch einen Erfolg einstecken, wem die Summe, die er zur Ausführung seiner väterlichen Zwecke nötig hatte, sich rundete.

Hat der Leser die Überzeugung erlangt, daß ohne den Juden die Begebenheiten, die wir erzählt haben, nicht hätten geschehen können, so wird er mit Anteil vernehmen, wie die gelehrten Dienste auch ihm eine schöne Befriedigung ein-trugen.

3. Mit Geldstrafe bis zu 300 Mk. oder mit Haft, so-fern nicht nach andern, gesetzlichen Vorschriften härtere Strafe verurteilt ist:

a) Arbeitgeber und Angestellte, die vorsätzlich ihren Beschäftigten mehr als die Hälfte der Beiträge vom Lohne abziehen.

b) Personen, die dem Berechtigten eine Quittungs-karte widerrechtlich vorenthalten (außerdem sind sie dem Berechtigten für die ihm daraus erwachsenen Nachteile verantwortlich).

c) Arbeitgeber, die nachdem sie sich in einem Zwangs-verfahrensverfahren als zahlungsunfähig erwie-sen haben, auf Grund einer Anordnung des Ver-sicherungsamts den von ihnen Beschäftigten keine Beiträge bei der Lohnzahlung abziehen dürfen, solche Abzüge trotzdem vornehmen (in solchem Falle müssen die Versicherten ihren Beitragsanteil an die Behörde für das Versicherungswesen direkt abführen).

d) Arbeitgeber, welche bei Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer ihre Pflichten aus § 1233 der Reichs-versicherungsordnung nicht erfüllen, welcher lautet: Der Bundesrat kann bestimmen, daß Ausländer, denen die Behörde den Aufenthalt im Inland nur für bestimmte Dauer gestattet hat, versicherungsfrei sind. Die Arbeitgeber zahlen dann so viel an die Versicherungsanstalt, wie sie sonst aus eigenen Mitteln zahlen müßten.

4. Geldstrafe bis zu 500 Mk. kann der Vorstand der Versicherungsanstalt gegen diejenigen Arbeitgeber verhängen, welche in die Lohnnachweise oder Anzeigen, die sie nach ge-setzlicher Vorschrift oder auf Grund der Kontrollvorschriften der Versicherungsanstalt aufzustellen haben, Eintragungen aufnehmen, deren Unrichtigkeit sie kannten oder den Um-ständen nach kennen mußten oder die die vorgeschriebenen Eintragungen ganz oder teilweise unterlassen.

5. Mit Gefängnis bestraft werden Arbeitgeber, wenn sie vorsätzlich Beitragsanteile, die sie den Beschäftigten vom Lohne abgezogen oder von ihnen erhalten haben, nicht für die Ver-sicherung verwenden. Daneben kann auf Geldstrafe bis zu 3000 Mk. und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Bei milderen Umständen kann ausschließlich auf Geldstrafe erkannt werden.

Die gleichen Strafvorschriften gelten

a) wenn eine Aktiengesellschaft, ein Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, eine eingetragene Genossen-schaft, eine Innung oder andere juristische Person Arbeitgeber ist, für die Mitglieder des Vorstandes,

b) wenn eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung Arbeitgeber ist, für die Geschäftsführer,

c) wenn eine andere Handelsgesellschaft Arbeitgeber ist, für alle persönlich haftenden Gesellschafter, so-wweit sie von der Vertretung nicht ausgeschlossen sind,

d) für die gesetzlichen Vertreter geschäftsunfähiger und beschränkt geschäftsfähiger Arbeitgeber sowie für die Liquidatoren einer Handelsgesellschaft, eines Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit, einer ein-getragenen Genossenschaft, einer Innung oder einer andern juristischen Person.

Arbeitgeber dürfen die Pflichten, welche ihnen durch Ge-setz oder Satzung der Landesversicherungsanstalt auferlegt sind, Betriebsleitern, Aufsichtspersonen oder andern Ange-stellten ihres Betriebes übertragen. Handeln solche Stell-vertreter den Vorschriften zuwider, die den Arbeitgeber mit Strafe drohen, so trifft sie die Strafe. Neben ihnen bleibt der Arbeitgeber strafbar, wenn die Zuwiderhandlung mit seinem Wissen geschehen ist oder wenn er bei der Auswahl oder Beaufichtigung der Stellvertreter nicht die im Vertriebe erforderliche Sorgfalt beobachtet hat; in diesem Fall darf gegen den Arbeitgeber auf keine andere Strafe als auf Geld-strafe erkannt werden. — Die Zahlung des Gms bis Zweifachen der rückständigen Beiträge kann auch dem Stellver-treter auferlegt werden. Neben ihm haftet für diesen Betrag der Arbeitgeber, falls er bestraft worden ist, weil er bei der Auswahl und Beaufichtigung der Stellvertreter nicht die er-forderliche Sorgfalt beobachtet hat.

Ist in einem besonders gearteten Falle ein Arbeitgeber im Zweifel darüber, ob er zur Versicherung oder Beitrags-leistung verpflichtet ist, dann kann ihm nur geraten werden, gemäß § 1459 der Reichsversicherungsordnung bei dem Ver-sicherungsamt mündlich oder schriftlich die Abgabe einer Ent-scheidung zu beantragen. Nur auf diese Weise schützt er den zu Versicherenden, dessen Witwe und Waisen vor Nachteil und sich vor Strafe.

B. Gegen Versicherte:

Das am 1. Januar 1912 in Kraft getretene vierte Buch der Reichsversicherungsordnung enthält folgende Strafbestimmungen für Versicherte: 1. Mit Geldstrafe bis zu 20 Mk. kann vom Versicherungsamt bestraft werden, wer Quittungs-karten mit unzulässigen Eintragungen oder mit besonderen Merkmalen verfertigt, und wer den auf den Quittungskarten befindlichen Wortdruck fälschlich ausfüllt, oder die zur Aus-füllung des Vordrucks eingetragenen Worte oder Zahlen verfälscht oder wesentlich eine solche Karte gebraucht.

2. Mit Geldstrafe bis zu 300 Mk. oder mit Haft, sofern nicht nach andern gesetzlichen Vorschriften härtere Strafe ver-wirkt ist, können bestraft werden Versicherte, welche vorläuf-lich vom Arbeitgeber mehr als zulässig oder von mehreren Arbeitgebern den vollen Beitragsteil für dieselbe Woche for-bern oder den erhobenen Beitrag nicht zum Einkleben der Marke verwenden oder die Beitragsanteile erheben, ohne daß von ihnen die vollen Beiträge entrichtet sind.

Ein Hafenarbeiter zum Beispiel, der seine 40-Pfg.-Marke am Montag selbst einlebt (das darf er, auch wenn es ihm nicht gelingt, Montag Arbeit zu bekommen), darf sich nur einmal im Laufe der Woche, und zwar von seinem ersten Arbeitgeber, 20 Pfg. auf die Marke erlaten lassen, nicht mehr und nicht etwa von jedem weiteren Arbeitgeber eben-falls 20 Pfg.

3. Mit Zuchthaus nach den Vorschriften der §§ 267 und 268 des Reichsstrafgesetzbuches (also wegen Urkundenfä-lschung) wird bestraft, wer Fälschungen in der Quittungskarte in der Absicht begangen hat, um sich oder anderen einen Vermögensvorteil zu verschaffen oder anderen einen Schaden zuzufügen.

Wenn zum Beispiel jemand, der sich schon in vorige-rückten Jahren und kurz vor dem Invalidewerden befindet (zum Beispiel ein früherer Bauunternehmer, der gezwun-gen ist, sich als Maurergeselle Beschäftigung zu suchen), das Ausstellungsdatum seiner Quittungskarte Nr. 1 von „26. 4. 1906“ in „26. 4. 1900“ verändert und für die sechs Jahre vom 26. 4. 1900 bis 26. 4. 1906 24 Dreizehnwochen-marke verwendet, um beim Eintritt der Invaldität den Nachweis der Erfüllung der Wartzeit erbringen zu können, so begeht er eine Urkundenfälschung in gewinn-süchtiger Absicht.

Die folgenden zwei Strafvorschriften gehen die Ver-sicherten zwar nicht direkt an, doch ist ihre Kenntnis von großem Werte für die Versicherten.

Mit Geldstrafe bis zu 2000 Mk. oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten kann auf Antrag der Versicherungs-

anstalt bestraft werden, wer in Quittungsarten Eintragungen, Merkmale oder Fällungen in der Absicht vornimmt, den Inhaber Arbeitgebern gegenüber kenntlich zu machen, und mit Gefängnis nicht unter drei Monaten, neben dem auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann, wird bestraft, wer Marken fälschlich anfertigt oder verfälscht, um sie als echte zu verwenden, oder wer zu demselben Zwecke falsche Marken sich verschafft, verwendet, feilhält oder in Verkehr bringt, ferner, wer wissentlich bereits verwendete Marken wieder verwendet oder zur Wiederverwendung sich verschafft, feilhält oder in Verkehr bringt (bei milderen Umständen darf auf Geldstrafe bis zu 300 Mk. oder Haft erkannt werden). Selbstverständlich werden derartige Marken eingezogen.

Angst vor der Erbschaftsteuer.

Es wurde kürzlich berichtet, daß im Reichsschatzamt die Vorarbeiten für die neuen direkten Reichsteuern schon ziemlich weit vorgeschritten seien, und daß aller Voraussicht nach der Staatssekretär des Schatzamtes im kommenden Herbst schon dem Reichstage seine Vorschläge zu unterbreiten gedenke. Diese Eile ist den Blauschwarzen außerordentlich unangenehm. Die Wehrvorlagen sind vorerst mal gedeckt und man hatte gehofft, sich mit der Spiegelfechtereier des Erzberger-Baffermannschen Antrages aus der Schlinge ziehen und die Besitzenden vor dem Herbeizug zu den Heereslasten retten zu können. Nun hat aber das sächsische Regierungsorgan, die „Leipziger Zeitung“, unangenehme Andeutungen gemacht, die dahin gingen, die Erbschaftsteuer sei schließlich nicht zu umgehen und man tue am klügsten, wenn man sich endlich mit ihr abfände. — Die „Kreuzzeitung“ lief gleich in einem Leitartikel Sturm gegen solche keckerischen Ansichten und wehrt sich nach wie vor mit Händen und Füßen gegen eine Steuer, die allerdings die bedenkliche Eigenschaft hat, daß sie Steuerdrückbergereien nicht günstig ist. Jetzt kommt nun die „Germania“ dem Junkerorgan zur Hilfe und schreibt in ihrer Nummer vom 18. Juni:

„Wenn der Bundesrat und der Reichskanzler nicht von allen guten Geistern verlassen sind, dann legen sie gerade die Kindererbschaftsteuer nicht vor und zwar aus politischen und taktischen Gründen. Die letzteren sind sehr einfach: es ist im höchsten Grade zweifelhaft, ob eine solche Vorlage eine Mehrheit erhält. Man kann sich kaum ein und dieselbe Kindererbschaftsteuer denken, für welche Frhr. v. Sarnow und Ledebour stimmen werden. Selbst wenn man damit rechnet, daß sich die Mehrheit für den Gedanken der Kindererbschaftsteuer ergibt, so ist dies noch lange keine Mehrheit für einen bestimmten Gesetzesentwurf, der solche Einzelheiten enthalten kann, daß er in der Schlussabstimmung doch keine Mehrheit hat, oder daß der Bundesrat ihn nicht annimmt. Eine Steueraktion, die von Anfang an damit rechnet, daß sie letzten Endes auf zwei oder vier Augen im Reichstage gestellt ist, hat keinen Erfolg zu erwarten. So aber dürfte die Sache derzeit liegen. Politisch würde eine solche Vorlage den schärfsten Kampf unter den bürgerlichen Parteien hervorrufen, zur Freude der Sozialdemokratie, wie der Reichskanzler sehr zutreffend im Reichstage bemerkt hatte. Die ganze Sammlung der bürgerlichen Parteien würde auf Jahre hinaus unterbunden und der Kampf aller gegen alle als oberste Regierungsweisheit angesehen. Ein Kanzler, der an die Zukunft des Reiches denkt, kann nicht den ersten Stein zu einem solchen Kampfe werfen, zu einem Kampfe, bei dem über 50 Prozent seiner Mitstreiter die 110 Sozialdemokraten werden müßten, wenn er auch nur eine geringe Aussicht auf Erfolg haben soll. Kein Reichskanzler aber kann so vermessentlich handeln, daß er mit Scheidemann und Ledebour den Kampf gegen bürgerliche Parteien in einer politischen Frage zu führen entschlossen ist. Dies wäre einfach Wahnsinn und Selbstmord, wenn auch das „Berliner Tageblatt“ davon entzückt sein würde. Die Frage der Erbschaftsteuer durch den Fürsten Bülow eine politische Frage geworden; man kann diese Entwicklung bedauern, aber mit der Tatsache muß man rechnen. Es ist dies eine der schlimmsten Erbschaften des früheren Regimes. Solche Dinge werden nicht durch Überwindung aus der Welt geschafft: es gibt eben auch in der Politik heißes Eisen, das der kluge Mann liegen läßt.“

Herr Bethmann-Hollweg wird sich vermutlich beileben, diesem in halb bitterer, halb drohender Form gegebenen Befehl der ultramontanen Führer des Schwarzblauen Blockes nachzukommen. Hat er in der Deckungsfrage insoweit A gelagt, daß er die Erzberger'sche Rechnung über die Mehreinkünfte der Reichseinnahmen akzeptierte, und auf die Erschließung neuer Einnahmen in Verbindung mit der Wehrvorlage selbst verzichtete, so wird er jetzt auch B sagen und auf die Erbschaftsteuer ganz verzichten müssen. Die Merikalen wissen ja auch, was sie an Bethmann haben: er ist nicht der Mann, der den Schwarzblauen Trost zu bieten vermöchte.

Sterbende Hirsche.

Den Hirsch-Dundertianern geht es wie den Stallenern in Tripolis, sie liegen sich zu Tode. Vor einem Jahre verloren die Blauen aus ihrem Gesamtverband 18 600 Kaufleute, das Verbandsorgan sprach am Jahreschluss von dem „starken Eichbaum“ der Gewerksvereine, der fröhlich blühe und gedeihe. Für das Berichtsjahr 1911 sieht es mit dem „Blühen“ der Gewerksvereine ebenso aus wie 1910. Betrachten wir nur einmal die Mitgliederzahlen des hirsch-dundertianischen Gesamtverbandes innerhalb der letztvergangenen zehn Jahre, sofort wird jedem, der nicht durch die blaue Brille zu sehen gewöhnt ist, verständlich, daß hier Arbeiterorganisationen nicht mehr um das Wachstum und den Fortschritt ihrer Vereinerung, sondern nur noch um die Erhaltung ihrer Existenz kämpfen.

Der Hirsch-Dundertianische Gesamtverband zählte Mitglieder

1903	110 215	1908	105 638
1904	118 889	1909	108 027
1905	117 097	1910	122 571
1906	118 508	1911	107 748
1907	108 889	zurzeit 1912	ca. 108 300

In einem Jahrzehnt der beispiellosesten Entwicklung, in einer Zeit, da die freigewerkschaftlichen Organisationen von 887 000 Mitgliedern auf 2,5 Millionen sprangen, die Christlichen ihre Heerscharen von 91 000 auf 345 000 Mann ver-

größerten, wuchsen die Hirsch-Dundertianer von 110 000 auf 107 748! Welch ein Sieg! Welch ein Erfolg! Was für gesundes, dem deutschen Eichbaume gleiches Wachstum!!!

Einnahme, Ausgabe und Vermögen wechselte an Umfang in den Jahren 1909 bis 1911 in der Tendenz nur nach unten, das selbe Resultat ergibt sich charakteristischerweise auch dann noch, wenn man den ausgeschiedenen Bund deutscher Kaufleute bei der Berechnung außer acht läßt.

	1909	1910	1911
Einnahme	2 806 220 Mk.	2 926 693 Mk.	2 628 213 Mk.
Ausgabe	2 594 202	2 817 680	2 804 288
Vermögen	4 372 495	4 687 189	4 278 854

Die Rückentwicklung ist zu deutlich, als daß sie noch besonders charakterisiert zu werden brauchte. Der Vermögensbestand von über vier Millionen ist für die blaue Gewerkschaftsbewegung nur ein Flicker. Es befinden sich darunter 2,6 Millionen Marktrenten- und Begräbnis-Kassenvermögen. Da diese beiden Kassenunterstützungseinrichtungen im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes sind (die Begräbniskasse untersteht dem Aufsichtsamte für Privatversicherung), so kommt deren Vermögen als wirtschaftlicher Machtfonds überhaupt nicht in Betracht! Das rein gewerkschaftliche Vermögen der Hirsch-Dundertianer beträgt nur 1,6 Millionen Mark.

Interessant ist auch eine genauere Prüfung der Größe der einzelnen Hirsch-Dundertianer Gewerksvereine. Ernst zu nehmende Gewerkschaften mit mehr als rund 2000 Mitgliedern bilden nur die Maschinenbau- und Metallarbeiter, Fabrik- und Handarbeiter, Holzarbeiter, Textilarbeiter, Schuhmacher und Lederarbeiter, Schneider, Bergarbeiter und Eisenbahner.

Um etwas über 3000 wuchs der Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter, der jetzt eine Ziffer von 43 710 Mitgliedern erreicht hat. Fabrik- und Handarbeiter sprangen um 1000 auf 18 218 Mitglieder. Der Gewerksverein der Holzarbeiter verlor von seinen ganzen 5688 etliche Hundert, dem Textilarbeitergewerksverein erging es bei seinen 6991 ebenso, er hat jetzt nur noch 6105 Mitglieder. Schuhmacher- und Lederarbeiter, Schneider, Lössler, Eisenbahner (Breslau) verloren sämtlich an Mitgliedern, die letzteren 25 Proz. ihrer rund 1400 Mitglieder von 1910. Gewerksvereine mit 20, 33, 52, 54 und 93 Mitgliedern sind nicht ernst zu nehmen; wenn da einmal 10 Mitglieder austreten, dann ist der Kassenbankrott da, im besonderen dann, wenn plötzlich an die „Verbandskasse“ starke Anforderungen heran-treten.

Alles in allem: Die Gewerksvereine Hirsch-Dundertianer Art sind heute geschichtlich längst überfahren, sie stehen kläglich mühsam aufgerichtet am Wegrande und wundern sich über die Zeit, die mit Sturmschritten über sie, die nicht mit-marschieren wollten, hinweggezogen ist.

Der beste Maßstab der Macht und des Wertes einer Arbeiterorganisation ist ihre finanzielle Leistungsfähigkeit. In nachfolgendem stellen wir für 1909, 1910 und 1911 die Leistungen des Hirsch-Dundertianer Gesamtverbandes ein-ander gegenüber. Es ergibt sich dabei folgendes Bild:

	1909	1910	1911
Arbeitslosenunterstützung	341 009	230 756	200 637
Reiseunterstützung	16 312	19 519	20 008
Umzugsunterstützung	18 390	23 647	20 110
Notfallunterstützung	25 660	20 661	30 416
Streit-, Maßregelungs- und Aussperunterstützung	148 128	339 927	332 582
Krankens-, Sterbe- und Inval- liditätsunterstützung	984 905	1 004 701	875 891

Bei den Leistungen an Krankens-, Sterbe- und Inval- liditätsunterstützung sei daran erinnert, daß, wie wir schon weiter oben ausführten, hier eine Unterstüzungseinrichtung in Betracht kommt, die mit den blauen Gewerkschaften nur sehr lose zusammenhängt. Alle Unterstüzungseinstellungen im ganzen betrachtet, ergeben, zumal wenn sie mit den 100 000 und mehr Gewerksvereinsmitgliedern verglichen werden, recht geringe, zum Teil sogar direkt wirtschaftlich harmlose, also wirkungslose Summen. Dort wo die Blauen mit Tausenden rechnen, können die freigewerkschaft- lichen Verbände Millionen leisten, da wo auf den Kopf ge- rechnet, bei den Hirsch-Dundertianern Pfennige kommen, können bei den freien Gewerkschaften schon heute mehrere Mark gerechnet werden.

Warum wachsen die Hirsch-Dundertianer Gewerksvereine nicht mehr?

Die Zeiten nicht etwa der neutralen Arbeiterbewegung — sie ist heute selbständiger und neutraler denn je — aber die Zeiten mit den Voraussetzungen einer liberalen Arbeiterbewegung sind vorüber. Die politische Resonanz in einer Partei zu finden, die vom Wenn und Aber, von Hoffnungen und Tröstungen lebt, das ist heute für den selbständigen, für den zum eigenen Denken erwachten Arbeiter mehr und mehr unmöglich. Ohne die wirtschaftlichen Unterstüzungsklassen wären schon heute die Hirsch-Dundertianer Gewerksvereine bedeutungslos; sie sind für sich selbst noch am wertvollsten, wenn sie, wie im Ruhrgebiet, in freiheitlicher Richtung mitmarschieren. Ob sie da links oder rechts gehen, bleibt solange gleichgültig, als sie über- haupt mitmarschieren. Ihr Jahresabschluss beweist aber un- trüglich, daß die Gewerksvereine immer noch auf falschem Wege sind!

Aus dem Gerichtssaal.

Von der militärischen Gerechtigkeit. Ein unverständ- liches Urteil wurde jetzt vom Dresdener Kriegsgericht als Berufungsmittag bestätigt, wo sich ein Anwalt in der Person des Grenadiers Tobias vom 101. Grenadier- Regiment zu verantworten hatte. Der Angeklagte kann weder lesen noch schreiben. Eines Tags erhielt er den Anzeigendi- enst auf dem Schießstand zugewiesen und wurde vom auf- sichts-führenden Offizier aufgefordert, den auf eine Tafel nie- bergeschriebenen § 139 des M.-Str.-G.B., der das vorläufige Anzeigen von falschen Schießresultaten unter Strafe stellt, vorzulesen. Dazu war L. aber nicht imstande. Weil die Kameraden über seine Hilflosigkeit lachten, schämte er sich, dem Offizier den Grund seiner Schwäche zu sagen. Wegen Beharrens im Ungehorsam wurde L. unter Anklage gestellt und das Standgericht erkannte auf die exor- bitante Strafe von 14 Tagen strengem Arrest! Gegen seine Verurteilung legte L. Berufung ein, er will frei- gesprochen sein. Ein Ungehorsam habe ihm ferngelegen, nur weil er nicht lesen kann, habe er den Befehl nicht ausge- führt. Es nützte ihm nichts, das Rechtsmittel wurde ver- worfen! Das Gericht führte aus, der Angeklagte hätte den guten Willen zeigen müssen, indem er die Unfähig- keit melden und den Anfang zum Lesen machen müßte! Jedenfalls sei das Verhalten L.s unerklärlich. — Strafe muß sein.

Todesurteil. Nach zweitägiger Verhandlung wurden der Fleischer Kaczy aus Zamodst bei Katowitz und der Fleischer Geselle Konzoltka, die am 6. November den jüdischen Handelsmann Chapper aus Bendzin (Russisch-Polen) ermor- det und beraubt und die Leiche dann im Gieschmalbe ver- graben haben, vom Schwurgericht Deuthen wegen Mordes zum Tode verurteilt. Frau Kaczy erhielt wegen Beihilfe drei Jahre Gefängnis.

„Patriotische“ Pleite. Am 12. Juli soll der „Kaiser- Wilhelm-Schießplatz“ bei Köln zwangsversteigert werden. Bei der Gründung des Unternehmens und bei der Ein- weihung, an der sich die höchsten Spitzen der städtischen, staatlichen und militärischen Behörden beteiligt haben, war sehr viel von „vaterländischen“ Momenten und Gefühlen die Rede. Wie sich jetzt herausstellt, haben die Gründer sozu- sagen gar kein Geld in das Unternehmen hineingeschossen und niemals die Absicht gehabt, Opfer zu bringen. Die Mehrzahl der Vorstandsmitglieder hat nicht mal Anteilsscheine gehabt, auch der Kassierer (!), einer der Mitinhaber der Millionenfirma Gebr. Stollwerck, nicht! Erworben hat man das Gelände mit dem Gelde einer kleinen Sparrkasse im Westerwald, die dem Unternehmen mit dem pomphaften Namen „Kaiser-Wilhelm-Schießplatz“ in patriotischer Be- geisterung 100 000 Mk. als 1. Hypothek gegeben hat. Un- gebaut wurde auf Kredit. Zahlreiche kleine Unter- nehmer und Handwerker haben insgesamt noch 160 000 Mk. für ihre Arbeit zu bekommen. Sie vertrauten auf die hochmögenden Herren an der Spitze und darauf, daß h e c h e militärische Befehlshaber im Ehrenauschuss saßen. Nachträglich hat die Regierung die Verwendung des Namens „Kaiser-Wilhelm“ in der Firma des bankrotten Unternehmens versagt.

Das Ende einer Staatsstüke. Als Dienstag morgen, der Geschäftsführer Karl Lampe der „Arme- und Marinekonfervenfabrik“ in Welperode bei Braun- schweig unter dem Verdacht der Wechselfälschung verhaftet werden sollte, stürzte er sich vom Balkon seiner Wohnung auf die Straße und brach beide Arme. Außerdem erlitt er schwere Verletzungen am Kopf, so daß er in das Herzoglich Braunschweigische Krankenhaus gebracht werden mußte.

Ein schwerer Unfall hat sich dieser Tage in Grabnd bei Lyck zugetragen. Dort wurde ein zehn Jahre alter Knabe von einem Pferd zu Tode geschleift. Seine Mutter ist vor Schreck gestorben.

Risiko der Arbeit. Das Gebäude der Firma G. Rogell, Manufaktur in Bühl bei Gemellau ist eingestürzt. Sechzig Arbeiter, die in dem Webereigebäude beschäftigt waren, wurden unter den Trümmern begraben. Es sind zwei Männer und zwei Frauen, verletzt sechzehn, darunter zwei oder drei schwer. Die Ursache des Unglücks ist bisher nicht ermittelt.

Schwerer Unfall bei Artillerieübungen. Auf dem Schießplatz Wahn wurde durch das vorzeitige Losgehen einer Patrone einem Fußartilleristen vom babilischen 14. Fußartillerieregiment der Arm abgeritten, so daß der Tod eintrat. Ein anderer Artillerist wurde schwer verletzt.

Eisenbahnunglück bei Leipzig. Der von Borna um 6 Uhr 58 Min. nach Leipzig bestimmte Personenzug stieß gestern nachmittag mit dem von Leipzig um 7 1/2 Uhr nach Hof gehenden Personenzug bei der Station Gash- witz zusammen und zwar infolge des Überfahrens eines auf Halt stehenden Signals. Mehrere Wagen wurden aufein- andergehoben. Bis jetzt fest, daß bei dem Zusammen- stoß fünf Personen ums Leben gekommen sind und 13—15 schwer verletzt wurden. Der Zugführer des Zuges aus Borna befindet sich unter den Toten. Die Schwerverletzten wurden in Leipziger Krankenhäuser geschafft. Der Materialschaden ist bedeutend. — Das Eisenbahnunglück soll dadurch ver- anlaßt worden sein, daß Zug 2406 mit dem von Borna kommenden Personenzug, der das Haltsignal überfahren hatte, zusammenstieß. Unter den Toten befindet sich der Zugführer des Bornaer Zuges. Die Schwerverletzten wurden mittels Krankenautomobils nach Leipzig gebracht. In das Krankenhaus wurden zwei Tote eingeliefert, der Zugführer des Bornaer Zuges, Erler, und eine unbekannte Frau, sowie 19 mehr oder weniger schwer Verletzte.

Autounglück. Bei Oberhildingen in Baden rannte ein Automobil gegen einen Handwagen. Der Führer des Handwagens wurde tödlich verletzt. Die Insassen des Automobils, darunter zwei Berliner Ärzte, wurden auf die Straße geschleudert und schwer verletzt. Das Automobil wurde zertrümmert.

Großfeuer in einem Schwarzwalddorf. In Rogin- gen in Schwarzwald wurde durch ein Großfeuer ein großer vor drei Familien bewohnter Gutshof zerstört; eine Frau fand den Tod in den Flammen.

Ein Schäferdahl im Gerichtssaal. In einem schönen Lande, dessen Umfang gerade ein Duzend Quadratmeilen weniger misst, als man in einem Schafjahr Lage zählt, und dessen Grenzen dem Fremden Schwarzrot angedrückene Hofschilder künden, hatten nach Ansicht des Vertreters der öffentlichen Anklage zwei Schäfer gegen das Strafgesetz verstoßen. Die Missetat bedurfte der Sühne der irdischen Gerechtigkeit. Es wurde Straf Antrag gestellt und die Haupt- verhandlung vor dem Amtsgericht in — nun, der Name tut nichts zur Sache — anberaumt. Schon vor Beginn der hochnotpeinlichen Verhandlung hat sich der Saal gefüllt. Richter, Staatsanwalt und ein zahlreiches Publikum, darunter ein starkes Aufgebot des sensationellsten Müßigganges, sind zur Stelle. Nur die beiden Laienrichter, die Schöffen, fehlen noch. „Ja, wo sind denn die Schöffen? Gerichts- diener, rufen Sie sie herein!“ Das geschieht alsbald und der Vorsitzende läßt sie ein, zu seinen Seiten Platz zu neh- men, worauf die Verhandlung beginnt. Der Richter von Beruf ernennt seine Kollegen vom Laienstande, nach Recht und Gerechtigkeit, ohne Haß, Günst und Menschenfurcht, ohne Ansehen der Person zu richten, so, wie sie es vor Gott und Seiner Majestät verantworten könnten, und dies durch Schwur zu bekräftigen. Feierliche Stille tritt ein, alles er- hebt sich. „So wahr mir Gott helfe!“ — „Nun, Gerichts- diener, rufen Sie die beiden Angeklagten herein.“ „Ja, bös sind mir zwei, Herr Amtsrichter.“ Sprach der zu dessen Rechten, sprach der zu dessen Linken. Der Gerichts- diener hatte „Schäfer“ statt Schöffen verstanden. Nun folgte eine Verhandlungspause. Schon mehr Erholungspause, denn die Heiterkeit war derart körperlich anstrengend, daß sie wohl Ermüdung hervorgerufen haben mochte. Während dieser Atempause erschienen dann die wirklichen Schöffen; eine Zugverpöpfung war die Ursache der Schöffenverpöpfung. Die Schöffen sprachen die Schäfer frei. „Nur so un- parteiisch hätte mir's Urteil an g'sprochen!“ meinten diese. Sie müssen aber auf den Richterföhlen doch recht hart ge- sessen sein; denn sie gingen hin, schoren ein Schaf und sand- ten die Wolle ein, damit man die Sessel für unparteiisch Schöffen noch polstere.

Schreckensstunde einer wahnsinnigen Frau. In Wien hat sich ein entsetzlicher Vorfall abgespielt. Dort über- gab die in der Erzberger Straße wohnhafte 43jährige Müller's- frau Franziska Gala in einem Anfall von Geistesstörung ihren Mann mit Essigsäure und verletzte ihn da- durch schwer. Dann stürzte sich die Wahnsinnige vom zwei- ten Stockwerk auf die Straße, wo sie mit zerschmetterten Gliedern tot liegen blieb.

Siebesdrama. In einem Abteil 1. Klasse eines auf dem Südbahnhofe in Wien eingetroffenen Personenzuges wurde der 23jährige Baron Rostky aus Preßburg mit durch-

Schoffener linker Schläfe und die Komtesse Enno aus Baden bei Wien mit durchschossener linker Brustseite tot aufgefunden. Das Motiv dürfte in Schwierigkeiten zu suchen sein, die sich einer ehelichen Verbindung der beiden entgegengestellt haben.

Mutter- und Schwesternmord. Um sich in den alleinigen Besitz einer Erbschaft zu setzen, ermordeten die Brüder Szellong in Borembka bei Krakau durch Mithilfe ihre Mutter und ihre beiden Schwestern. Sie wurden von der Gendarmerie verhaftet und legten ein Geständnis ab.

Opfer der Aviatik. Die Fliegerin Julia Clark ist bei einem Übungsflyg in Springfield tödlich verunglückt. Auf dem französischen Flugplatz Brayelle stehen zwei Militärzweiraddecker zusammen, verwickelten sich und stürzten aus einer Höhe von 25 Meter zu Boden. Der Infanterieleutnant Weigman erlitt einen Schädelbruch und einen Armbruch und war auf der Stelle tot, der Militärhauptmann Dubois trug einen Schädelbruch und Rippenbrüche davon und erlag seinen Verletzungen nach dreiviertel Stunden.

Eine portugiesisch-royalistische Vergiftungsaffäre. In der belgischen Stadt Brügge hält sich seit einiger Zeit eine Anzahl Portugiesen auf, und man nimmt an, daß ihre Anwesenheit mit einer royalistischen Verschwörung zusammenhängt. Vor kurzem wurde ein ansehender für die portugiesischen Royalisten angekauftes angebliches Verschwörerschiß beschlagnahmt. Jetzt hat sich dort eine mysteriöse Vergiftungsaffäre ereignet, die nach den bisherigen Feststellungen mit der royalistischen Bewegung in Portugal in Verbindung gebracht wird. In einem vornehmen Hotel Brügges sind nämlich die Leichen einer Dame und eines Herrn gefunden worden. Die Dame war erdrückt, der Herr hatte sich durch eine Strycinineinjektion getötet. Bei den Toten wurden Papiere gefunden, welche die Unterschrift Paula Couceira trugen. Couceira aber ist der Name eines der Hauptführer der portugiesischen Royalisten. Die Polizei untersucht nun, ob zwischen der ermordeten Frau, dem vergifteten Manne und dem in Brügge augenblicklich weilenden Portugiesen irgendwelche Beziehungen bestanden. So viel ist bis jetzt sicher, daß in der letzten Zeit in der ganzen Umgebung Brügges, in den Bädorten Ostende, Deyst, Blankenberge über 300 Portugiesen gewohnt haben. Es waren lauter junge, kräftige Männer von militärischem Äußeren. Es kann heute als bestimmt angesehen werden, daß sie von Brügge aus nach Portugal fahren wollten, um das alte Königtum wiederzubegegründen. Die belgische Regierung beabsichtigt, diese unwillkommenen Gäste jetzt auszuweisen.

Genossenschaftsbewegung.

Genossenschaftstag der deutschen Konsumvereine. Der 9. Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine führte seine Verhandlungen am Mittwoch zu Ende. Zunächst referierte Chefredakteur Dr. Aug. Müller-

Hamburg über die wirtschaftliche Bedeutung des Kleinhandels. Er wies darauf hin, daß der Kleinhandel nichts getan habe zur Abwehr der Teuerung und daß er zwar Preissteigerungen sehr rasch folge, Preisherabsetzungen dagegen nur zögernd und teilweise. Nachdem der Referent nachgewiesen hatte, daß der Kleinhandel trotz der Konsumvereine immer noch zunimmt und nachdem er die Rolle der Konsumvereine, der Warenhändler und der Filialgeschäfte im wirtschaftlichen Leben dargelegt hatte, erklärte er, daß in dem Kampf der Konsumvereine, die eine gerechtere Wirtschaftsweise erstreben, gegen die Kartelle zweifellos die ersten Siege reich bleiben werden.

Kuppert-Hamburg erstattete den Bericht über die Bildungsbestrebungen. Er erwähnte, daß in den nächsten vier Jahren 17 Funktionärskurse abgehalten und schon jetzt 801 100 Mk. dafür angesetzt worden sind.

Der Generalsekretär Kaufmann berichtete über die Unterstützungskasse für die Funktionäre der Verbändevereine. Die Kasse hat bereits ein Vermögen von über 2 Millionen Mark erworben, das den Verbänden unter gegenseitiger Sicherheitsleistung für Hypotheken zur Verfügung gestellt wird. Unter dem neuen Angestelltenversicherungsgesetz soll die Kasse als Zuschußkasse weiter funktionieren.

Eine Debatte entspann sich über den von Kiege-Hamburg erstatteten Bericht des Tarifamtes. Kiege führte aus, daß das Tarifamt bereits eine große Anzahl von Lohn-erhöhungen durchgeführt habe, die dauernde Erfolge der Gewerkschaften bedeuten. In der Debatte drehte es sich darum, daß von genossenschaftlicher Seite verlangt wurde, daß bei der Anstellung von Arbeitern die genossenschaftlichen Arbeitsnachweise abgehoben werden soll. Dies wurde jedoch von den anwesenden Vertretern der Gewerkschaften bekämpft, die ausführten, daß sie zwar gegen die Bevorzugung von Genossenschaftlern nichts einzuwenden hätten, daß jedoch im Interesse der Genossenschaften selbst die Kontrolle durch die Arbeitsnachweise nicht unterbleiben könne, da nur dadurch auch wirklich tüchtige Arbeiter eingestellt werden können.

Dann wurden noch die notwendigen Erziehungswahlen vorgenommen und dem Vorstand die Entlastung erteilt. Der Vorschlag für das nächste Jahr wurde hierauf genehmigt und der Vorsitzende Barth-München schloß den Kongress mit einer Dankrede.

Der nächste Verbandstag soll in Dresden abgehalten werden.

Weiteres.

Wittberstand. Richter: „Sind Sie von Haus aus nicht erblich belastet?“ — Gauner: „Ne, ne, Herr Richter, wir sind von Haus aus ganz arme Leute!“
Praktisch. Besucherin: „Warum schleppt denn Ihre Köchin jetzt immer den Kleinfischer mit sich herum?“ — Hausfrau: „Ach, sie ist neuerdings schwerhörig geworden, und da benützt sie ihn als Hörrohr!“

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 19. Juni.

Bauern-Butter Pfd. 1,20—1,25 Mt., Meierei-Butter Pfd. 1,30—1,35 Mt., Käse — Mt., Gänse — Mt., Hühner 2,00—2,50 Mt., Küken Stück 1,20—1,50 Mt., Tauben Stück 60—70 Pf., Gänse — Pfd. — Mt., Hühnerfleisch 55—60 Pfg., Wurst Pfd. 1,30—1,40, Eier Stk. 7—7½ Pfg., Heringe — Pfg., Dorsche genüg., Süßwasserfische genüg., Karpen Pfd. — Mt., Geräuch. Lachs Pfd. 1—2 Mt., Schleie 1,40—1,50 Mt., Brachsen 0,60 Pf., Hechte Pfd. — Pf., Barche Pfd. 60 Pfg., Mal Pfd. 0,70—1,00 Mt., Karaulische Pfd. 80 Pfg., Gemüse genüg., Blumenkohl der Kopf 40—50 Pf., Kohl 100 Pfd. — Mt., Gurken 100 Pfd. — Mt., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mt., Äpfel verschiedene pr. 100 Pfd. — Mt., Pfäfen, pr. 100 Pfd. 70 Pf., Mand Pfd. — Pfg., Steinbutt, lebende Pfd. 60 Pfg., Spargel 1. Sorte 75—80 Pf., 2. Sorte 65—65 Pf.

Getreidepreise.

Weizen, 128—184 Pfd. holl. — — Mt., Roggen 120—125 Pfd., holl. 190—195 Mt., Gerste, nach Qualität 205—215 Mt., Hafer, nach Qualität, 208—208 Mt. alter — Mt., hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 19. Juni.

Auftrieb 1646 Schweine. Markt schlank geräumt. Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 70.— bis 71.— (56.— bis 57,00 Mt.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 70.— bis 71.— (56.— bis 57,00 Mt.) Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 71,00 bis 72.— (55,50 bis 56,00 Mt.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 71.— bis 72.— (55,50 bis 56,00 Mt.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 63.— bis 69.— (48.— bis 52,50) Mt. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 65.— bis 67,00 (52,00 bis 53,50) Mt. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 60,00 bis 64,00 (47,00 bis 50,—) Mt.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes. Hamburg, 19. Juni. 1. Klasse 631 Drittel zu 119,96 Mt. im Durchschnitt. 2. „ 42 „ 111,92 Mt. „ „ Unverkauft blieben — Tonnen.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling. Verleger: Th. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Älteste u. billigste Bezugsquelle Vorstadt St. Lorenz
empfiehlt sich in großer Auswahl für:
Damen-Stiefel von 3⁰⁰ Mk. an. **Herren-Stiefel** von 5⁵⁰ Mk. an.
Knaben- u. Mädchen-Stiefel Größe 27—30 v. 3⁰⁰ Mk. Größe 31—35 v. 3⁵⁰ Mk. an.
Spezialität: **Sandalen** in allen Preislagen.
Schuhwarenhaus Hermann Bade,
Marienstraße 2.

Beerdigungsanstalt Gehr. Müter
Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.
Übernahme ganzer Beerdigungen.
Größtes Lager in Särgen, Graßlücken, Metall-, Peri- u. Blattkränzen.
Einkleidungen jeder Art. * Billigste Preise.

Buchdrucker-Verein in Lübeck.
Sonntag, d. 23. Juni 1912:
Ausfahrt nach Boltenhagen
per Dampfer „Seeadler“.
Abfahrt 6½ Uhr bei der Drehbrücke.
Rückfahrt von Boltenhagen
„ 7½ Uhr abends. „
Fahrpreis a Person 2,00 Mk.
Kinder die Hälfte.
Karten sind zu entnehmen bei
Joh. Körner, Bröllingsstr. 23, II.,
oder in der Druckerei des „Lübecker
Volksboten“.
1081
Das Komitee.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund.
Bezirk Lübeck.
Einladung zum
1. Bezirks-Sängerfest
am 22. und 23. Juni 1912 im Gewerkschaftshaus zu
Lübeck, Johannisstraße 50-52.
Festfolge:
Sonnabend, den 22. Juni, abends 8½ Uhr
Fest-Kommers.
Sonntag, den 23. Juni,
vormittags 9½ Uhr: **Hauptprobe.**
Nachmitt. 4 Uhr: **Vokalkonzert.** Abends: **Ball.**
Preis der Festkarte 50 Pfg., eine Dame frei.
Der Festausschuß.

Bezugsquellen-Verzeichnis

Brauereien M. Hofmann, Hansastr. 73. H.A.W. Witt, Unterstr. 93. F. V. Schmidt, Rosenstr. 10. Brennmaterialien H. Schütt, Augustenstr. 14/15. L. Wallbrandt, Rosenstr. 10. Butter-, Käsehandl. L. W. Hartwig, Oh. Trave 8. L. Philipp, Tied. Kaiserstr. 10. W. Rockstedt, Härtstr. 21. J. Seaman, Härtstr.	Drogerien W. Hohenschield, Merist. 42. T. 736. Aug. Prösch, Mühlentstr. 38. Julius Vogt, Germania-Drogerie. H. B. Eck, Ecke Köhlerstr.	Friseur, Parfüm. J. Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a. Galant-, Spielwar. I. C. Bliesath Wwe. Sandstr. 9.	Kurz-Weiss-Wollw. O. Sinnenwald, Lindenstr. 39. Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.	Manufakturwaren Johann Dittmer, Drögest. 12a. Paul Remien, Malente, Bahnhofstr. J. Zimmermann, Malente, Bahnhofstr. Hamb. Engros-Lager, Schwartau. K. Quitzan, Schwartau, Marktstr. 14.	Möbelmagazine Ulltze & Stech, Möbel-Fabrik, Detail-Verkauf in der Fabrik. Möhlenstr. 47. W. Pamperln, St. Annenstr. 20. Wohnungs-einrichtungen, z. billigen Pr.	Molkereiprodukte Hansa-Meierei u. d. Anne Lübeck's Meierei von Milchprodukten aller Art	Meiereien Meierei Rensefeld Inh. Paul Riekerl. Vorteilhaft Bezugsquelle für Milch und Butter. Meierei Schwartau Inh. Philipp Eitel. Tel. 2144. Milch und alle Molkereiprodukte.	Optik u. Mechanik Carl Volger, Optisches Spe- zial-Geschäft, 56 Breitestr. 56.	Photogr. Ateliers Lübeck O. Goetze, Gr. Burgstr. 13. Jal Pingel, Johannisstr. 13. Breitestr. 39. Samson & Co., Femspr. 107.	Billigste Bezugsquelle für Oten, Herde, Gaskocher, Grundöfen Adolf Borgfeldt, Fennruf 672, Mühlentstr. 38 und 40. Putz u. Modewaren B. Döhrmann, Holstenstr. 13. Empfehlensw. Restaur. Wacknitz-Strand, Lübeck, Marktstr. 83. Schreibwaren Aug. Barmesler, Lübeck, M. Maxein Wwe., Moislg. Allee 40. Elsa Paulsen, Spez.: Briefmarken. Schuhwaren Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparatur. Ang. Rostock, Fühlhausgr. 8. Rudolph Karstadt, Eutin. Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.	Seifen, Toilette-Art. Ludwig Hartwig, Lübeck, Oh. Trave 8. Stahl-, Eisenwaren Franz Geuzmer, Fennruf 1091. Härtstr. 40. 308. F. Wichmann, Inger. Härtstr. 308.	Tapeten, Linoleum Carl Bealcke, Lübeck, Köhlerstr. Fritz Rehm, Beckenstr. 20. Trikot-, Strumpf. E. Ehlert, Lübeck, Bräutestr. 13. Uhren-Repar.-Werkst. Amerikanische, Härtstr. 71. Fast jede Reparatur nur 1 Mk. 2 Jahre schriftliche Garantie. Uhren, Goldwaren August Büttner, Urmacher, Härtstr. 22. H. Nevermann, Schwartau. Weine, Spirituosen Fr. Geist, Lübeck, Marktstr. 7. Friedr. Otte, 43, am Markt. Prima Weine und Spirituosen.
---	---	---	--	---	---	---	--	--	---	---	---	---

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!